

Volt

Gestalte Europa in Bayern!

Wähl Volt!



Wahlprogramm

zur Landtagswahl

8. Oktober 2023

ZUKUNFT



MADE IN EUROPE

Gestalte **Europa** in Bayern!

Gemeinsam für eine bessere Zukunft

Klimakrise, Migration, Digitalisierung und Populismus – die Herausforderungen unserer Zeit treiben uns alle um.

Auch wenn diese Probleme teils schon seit Jahrzehnten bekannt sind, ist es bisher keiner Partei gelungen, überzeugende Antworten auf die entscheidenden Fragen zu geben.

Wir sind davon überzeugt, dass wir diese Herausforderungen nur lösen können, wenn wir gemeinsam über Grenzen hinweg handeln. Darum haben wir 2017 mit Volt die erste europaweite Partei gegründet.

Unsere Vision

Ein Europa, in dem alle Menschen die gleichen Chancen haben, ihr Potenzial voll zu entfalten. Ein Europa, das nach menschlicher, sozialer, ökologischer und technischer Entwicklung strebt.

Grundlage hierfür ist für uns ein föderales und geeintes Europa mit einer gemeinsamen europäischen Verfassung, mit einem Parlament und einer Regierung, die von allen Bürger*innen Europas gewählt wird.

Bei Volt arbeiten tagtäglich Menschen aus ganz Europa daran, diese Vision zu verwirklichen.

Unsere Politik

Neben unserem Einsatz für Europa vereinen wir soziale, liberale und nachhaltige Politik unter einem Dach.

Dabei folgen wir keiner strikten Ideologie, sondern suchen pragmatisch und sachbezogen nach den besten Lösungen, die im Einklang mit unseren Werten stehen.

So vielfältig wie ihr – Volt vereint!

#VoltVereint

Überall in Europa steht Volt für die gleichen politischen Inhalte und Werte.

> **Gemeinschaftlich**

Als paneuropäische Partei und Bewegung denken und handeln wir über Grenzen hinweg und arbeiten so an unseren gemeinsamen Zielen.

> **Progressiv**

Wir handeln mit Blick auf zukünftige Generationen. Denn für uns sind 70 Jahre Frieden Inspiration dafür, was wir erreichen können, wenn wir als Europa zusammenhalten.

> **In Vielfalt geeint**

Die unterschiedlichen Kulturen Europas bereichern unser tägliches Leben. Deshalb ist Offenheit für uns mehr als ein Prinzip, sie ist Voraussetzung für unsere Zusammenarbeit.

Heute haben wir in ganz Europa mehr als 27.000 Mitglieder, sind in 31 Ländern politisch präsent und in 16 Ländern als eingetragene politische Partei aktiv. Dazu kommen ein Amtsträger im Europäischen Parlament und über 100 gewählte lokale Amtsträger*innen in ganz Europa.

8. Oktober 2023 für Bayern

Wähl
 **Volt**
... und mach mit!

INHALT

1 EUROPA 6

- 1. Europäisch denken, lokal handeln 7
- 2. Grenzübergreifende Politik 8

2 BILDUNG & FORSCHUNG 11

- 1. Struktur der Bildung 12
- 2. Ausbildung von Erziehungs- und Lehrkräften 15
- 3. Frühkindliche Bildung 17
- 4. Erwachsenenbildung 18
- 5. Fachkräftemangel 19
- 6. Hochschulen 21

3 KLIMA & ENERGIE 22

- 1. Energieversorgung 23
- 2. Klimafreundliches Bauen & Heizen 26
- 3. Klimaanpassung & Wasserwirtschaft 28
- 4. Klimaneutrale Landwirtschaft 29
- 5. Negative Emissionen & Moore 30

4 DIGITALISIERUNG 32

- 1. Digitale Verwaltung & Open Source 33
- 2. Bürgerrechte 36

5 MOBILITÄT 38

- 1. Schienenverkehr 39
- 2. Straßenverkehr 40
- 3. Nahverkehr und Verbünde 42

6 TRANSPARENZ & BETEILIGUNG 44

- 1. Wahlen 45
- 2. Politische Amtsausübung 46
- 3. Beteiligung an Prozessen 47

INHALT

7 OFFENE GESELLSCHAFT 49

1. Diskriminierung ernst nehmen 51
2. Vielfalt nachhaltig fördern 52
3. Eine menschenwürdige Migrations- und Asylpolitik 53

8 BAUEN & WOHNEN 56

1. Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen 57
2. Lebenswerte Umgebung 59

9 GESUNDHEIT 61

1. Pflege 62
2. Kliniken & Hausarztpraxen 63
3. Rettungsdienst 64
4. Infektionsschutz 65

1

EUROPA

Was sind die aktuellen Probleme?

Die Folgen der Pandemie, der Krieg vor unserer Haustür, die Bedrohung durch die Klimakrise, die digitale Revolution, der gigantische Mangel an Fachkräften in allen Bereichen und nicht zuletzt der tiefe Riss durch unsere Gesellschaft – Nationalstaaten allein scheitern an den Herausforderungen unserer Zeit. Weil wir es uns aber schlicht nicht leisten können zu versagen, müssen wir auf die Kraft eines vereinten Europas vertrauen. Volt ist die erste und einzige Partei, die grenzübergreifend mit einem gemeinsamen Programm handelt und die besten bekannten Lösungen aus Europa nach Bayern bringt.

Welche Lösungen bietet der europäische Blick?

Unser Kontinent bietet einen unschätzbaren Reichtum an Wissen und genialen Ideen. Wir wollen dieses Potenzial nutzen, um Probleme zu bewältigen und unsere gemeinsamen Werte zu verwirklichen: einen transparenten Staat, der seine Bevölkerung beteiligt; eine unabhängige Entfaltung der Person; einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Natur auf wissenschaftlicher Basis; eine menschliche Gesellschaft, die zusammenhält. In Vielfalt vereint zu sein – das lohnt sich für alle.

Wie sieht unsere vereinende Vision bei diesem Thema aus?

Volt macht neue Politik nach dem Prinzip: „Europäisch denken, lokal handeln.“ Für Bayern bedeutet das konkret, dass wir EU-Förderprogramme für den ländlichen Raum stärker nutzen und die bestehenden Agrarsubventionen reformieren wollen. Durch intensive Städte- und Regionalpartnerschaften sowie eine europaweite Medienkooperation werden der Austausch und ein neues Gemeinschaftsgefühl gefördert, das wir zur Bewältigung künftiger Herausforderungen dringend brauchen. Mit diesen und vielen weiteren Maßnahmen folgen wir der Vision einer europäischen Republik – denn wir sind überzeugt, dass Europa auf uns und dass wir in Bayern auf das vereinte Europa angewiesen sind.

EUROPÄISCH DENKEN, LOKAL HANDELN

Wir schlagen die Neugründung von Städte- und Regionalpartnerschaften mit EU-Beitrittskandidaten vor.

Konkret: Mit dem Ziel eines tieferen europäischen Verbundenheitsgefühls fordern wir im Zuge des Wiederaufbaus eine vertiefte Partnerschaft zwischen einer ukrainischen Region und Bayern. Dies sollte auch für weitere Beitrittskandidaten forciert werden.

Begründung: Staatenübergreifende Partnerschaften tragen zum kulturellen Austausch und zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität bei. Eine Partnerschaft speziell mit EU-Beitrittskandidaten erleichtert und unterstützt den Integrationsprozess.

BEST PRACTICE

Hessen hat beispielsweise bereits eine Regionalpartnerschaft mit der serbischen Region Vojvodina.

Der Europatag soll ein gesetzlicher Feiertag werden.

Konkret: Der Europatag am 9. Mai soll landesweit und langfristig bundes- sowie europaweit als Feiertag eingeführt und mit diversen grenzübergreifenden Veranstaltungen zum Thema Europa begleitet werden.

Begründung: Ein solcher Tag in Kombination mit europaweiten Veranstaltungen und Festen stärkt das europäische Bewusstsein der Menschen und fördert damit das langfristige Ziel eines geeinten Europas.

BEST PRACTICE

In Luxemburg ist der Europatag am 9. Mai seit 2019 ein gesetzlicher Feiertag.

Volt setzt sich für eine stärkere Nutzung und Bekanntheit des europäischen Programms zur Förderung des ländlichen Raums (LEADER) ein.

Konkret: LEADER ist ein methodischer Ansatz für die Regionalentwicklung, der es den Menschen in ländlichen Räumen ermöglicht, ihre Region gemeinsam weiterzuentwickeln. Dabei können konkrete Vorhaben durch das LEADER-Budget finanziert werden, welches von einer lokalen Arbeitsgruppe (LAG) verwaltet wird.

1

EUROPA

Begründung: Die Menschen vor Ort wissen am besten, wie die EU-Gelder am sinnvollsten eingesetzt werden können. Durch seinen individuellen Ansatz ist das LEADER-Programm eine gute Möglichkeit zur Förderung der ländlichen Entwicklung.

BEST PRACTICE

*Durch LEADER-Projekte wurden z. B. Breitbandanschlüsse in **Nordhessen** für 380.000 Haushalte realisiert oder in Ottobeuren eine Alternative zur Nutzung des eigenen Autos – insbesondere für Kurzstrecken – geschaffen*

Volt möchte die europäische Versorgung mit systemrelevanten Gütern wieder vermehrt nach Europa holen.

Konkret: Wir wollen strategisch relevante Industrien in verschiedenen Bundesländern und EU-Staaten durch gezielte Förderung von Investitionen wieder etablieren. Konkret in Bayern wollen wir Unternehmen beim Aufbau von Fertigungskapazitäten für hochmoderne Solarzellen unterstützen.

Begründung: Bei vielen systemrelevanten Gütern (Medikamente, Solarzellen, Halbleiter, Mikrochips, Energieträger, verschiedene Grundstoffe etc.) sehen wir die starke Abhängigkeit von einzelnen Ländern extrem kritisch. Wir wollen strategisch diversifizieren und dafür zumindest eine Teilversorgung bei all diesen Gütern innerhalb der EU erreichen.

BEST PRACTICE

Die starke Abhängigkeit von einzelnen Ländern wurde z.B. bei medizinischen Masken zu Beginn der CoViD-Pandemie oder beim Lieferstopp von Gas durch Russland deutlich und sollte zukünftig dringend vermieden werden.

GRENZÜBERGREIFENDE POLITIK

Die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas (CoFE) müssen umgesetzt werden und dürfen nicht versanden.

Konkret: Die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas bieten eine einzigartige Chance, europäische Bürgerbeteiligung umzusetzen. Die 49 Vorschläge mit allgemeinen Zielen und über 300 konkrete Ideen wollen wir in Bayern so weit wie möglich umsetzen, bzw. uns für deren Umsetzung auf der jeweiligen Ebene einsetzen. Dies betrifft z.B. die „Förderung des öffentlichen Verkehrs

und Aufbau eines europäischen öffentlichen Verkehrsnetzes, vor allem in ländlichen und Inselgebieten, das effizient, zuverlässig und erschwinglich ist, mit zusätzlichen Anreizen für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel“, genauso wie die „Entwicklung von Hochgeschwindigkeits-Internetanschlüssen sowie mobiler Netzwerkverbindung in ländlichen Gebieten und Inselregionen“ oder „Städtebauprogramme für ‚grünere‘ Städte mit geringerer Emission und autofreie Zonen in den Städten fordern, ohne dabei Gewerbegebiete zu beeinträchtigen“.

Begründung: Das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission haben sich verpflichtet, den Menschen in Europa Gehör zu schenken und deren Empfehlungen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu berücksichtigen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die erarbeiteten Vorschläge nicht umgesetzt werden und das Vertrauen in die Politik und die Sinnhaftigkeit bürgerlichen Engagements weiter verloren geht, statt gestärkt zu werden.

BEST PRACTICE

Dies könnte selbst zu einem Vorbild für Beteiligung werden.

Wir wollen das europäische System der Agrarsubventionen reformieren.

Konkret: Die Agrarpolitik in Deutschland ist stark durch die europäische gemeinsame Agrarpolitik (GAP) geregelt. Diese möchten wir zu einem System umstrukturieren, das die landwirtschaftlichen Betriebe für Leistungen entlohnt, die das Gemeinwohl, den Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung im Blick haben und nicht auf flächenbezogenen Direktzahlungen basieren.

Begründung: Für uns gilt der Grundsatz: „Öffentliches Geld – öffentliche Leistungen.“ Daher wollen wir eine nachhaltige und umweltverträgliche Landwirtschaft in Deutschland und Europa fördern, die ein gutes Leben, ein gesundes Ernährungssystem und einen Beitrag zum Klimaschutz garantiert und die Erzeugenden entsprechend vergütet.

Volt fordert die Gründung einer überregionalen europäischen Medienkooperation.

Konkret: Durch die Schaffung einer grenzübergreifenden, europäischen Medienplattform soll ein gemeinsamer, öffentlich finanzierter Fernseh- und Radiosender entstehen (inklusive einer entsprechenden Mediathek). Vor allem vor

1

EUROPA

dem Hintergrund der nötigen Reformierung der regionalen Landesmedienanstalten fordern wir, dass der europäische Gedanke in die Reformen einfließt.

Begründung: Eine solche Medienplattform fördert die innereuropäische Kommunikation sowie ein europäisches Bewusstsein. Außerdem würde sie der zunehmend internationalen Bevölkerung gerecht.

BEST PRACTICE

*Seit 1992 gibt es den deutsch-französischen **Fernsehsender „arte“**, der in sechs Sprachen und verschiedensten Formaten über vielfältige Themen informiert, dabei nicht in nationalen Sichtweisen gefangen ist und so einen wertvollen Beitrag zur gegenseitigen Verständigung leistet.*

2

BILDUNG & FORSCHUNG

Was sind die aktuellen Probleme?

Bayern rühmt sich deutschlandweit seit Jahren damit, dass man gemeinsam mit Sachsen die beste Bildung bietet.¹ Doch im europäischen Vergleich, gerade mit skandinavischen Ländern wie Finnland², zeigt sich: Durch das Festhalten am aktuellen Bildungssystem werden ungerechte Voraussetzungen für das ganze Berufsleben zementiert.³ Zugleich fallen überarbeitete Erziehungs- und Lehrkräfte aus⁴ und zu wenige kommen nach⁵, während zukunftsrelevante Inhalte vernachlässigt werden und das demokratische Bewusstsein junger Menschen weiter abnimmt.⁶

Welche Lösungen bietet der europäische Blick?

In Österreich ist der bewusste Umgang mit digitalen Medien schon seit 2012 fester Teil des Lehrplans – von der ersten Klasse an.⁷ Ergänzend werden dort wichtige Demokratie- und Medienkompetenzen durch die Beteiligung an Smart-City-Initiativen Hand in Hand gefördert.⁸ Doch reicht für einige Verbesserungen sogar ein Blick in andere Bundesländer: Während in Hamburg etwa eine selbstverwaltete, anerkannte Studierendenvertretung über eine Million Euro eigenverantwortlich eingesetzte Mittel für Bildungs- und Kulturveranstaltungen verfügt⁹, gibt es in Mecklenburg-Vorpommern seit 2020 landesfinanzierte, kostenfreie Kindertagesstätten.¹⁰

1 <https://www.insm.de/insm/themen/bildung/insm-bildungsmonitor-2021-1>

2 <https://www.swr.de/swr2/leben-und-gesellschaft/broadcastcontrib-sw-11958.html>

3 <https://www.sueddeutsche.de/bildung/schule-dumm-und-nichts-gelern-1.3985031-0#seite-2>

4 <https://beamten-infoportal.de/magazin/news/bayern-zahl-der-lehrer-die-vorzeitig-in-den-ruhestand-gehen-steigt-weiter/#:~:text=In%20den%20letzten%20f%C3%BCnft%20Jahren,Belastungen%20sind%20nur%20einige%20Gr%C3%BCnde.>

5 <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/lehremangel-bleibt-bundesweit-ein-problem/#:~:text=60%20Bewerberinnen%20und%20Bewerber%20bei,Lehrkr%C3%A4ften%20an%20F%C3%B6rderschulen%20in%20Bayern.&text=Der%20Einstellungsbedarf%20zum%20Schuljahr%202022,1.610%20Vollzeiteinheiten%20f%C3%BCr%20Lehrkr%C3%A4fte%20besetzt.>

6 <https://www.br.de/nachrichten/bayern/politische-bildung-an-bayerischen-schulen-ungenuegend,Tf6Xcl>

7 <https://digikomp.at/die-initiative/digikomp-unverzichtbar>

8 <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/angebote/lernmodule/digitale-medienkompetenz-formen-und-moeglichkeiten-elektronischer-partizipation/einfuehrung/>

9 <https://www.asta-uhh.de/0-kontakt/2-was-ist-der-asta.html>

10 <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/bm/Kindertagesfoerderung/Elternbeitragsfreiheit/#:~:text=Im%20Jahr%202020%20hat%20die,Millionen%20Euro%20in%20die%20Kindertagesf%C3%B6rderung>

Wie sieht unsere vereinende Vision bei diesem Thema aus?

Kinder, Studierende, aber auch Lernende in Schulen und Berufsschulen müssen in Zukunft gemeinschaftlich und mit einer weniger strengen Unterteilung an das Erwachsenenleben herangeführt werden. Nur weil ein Mensch eine Beeinträchtigung oder geringere Leistungen in bestimmten Bereichen aufweist, heißt das nicht, dass er keinen Anspruch auf die Weiterbildung seiner Stärken besitzt. Volts langfristiges Ziel ist deshalb eine in ganz Europa anerkannte, modulbasierte Bildung für alle Fachbereiche, in der auch Quereinsteigende als spezialisierte Fachkräfte ihren Beitrag leisten können.

STRUKTUR DER BILDUNG

Volt möchte fächerübergreifend die Themen Medienkompetenz und Demokratiebewusstsein ab der ersten Klasse stärken.

Konkret: Die Vielfalt der Medienauswahl sowie deren Nutzung ist in der heutigen Zeit diverser denn je. Der sinnhafte und effiziente Umgang mit diesen ist nicht nur für den Alltag relevant, sondern auch für die demokratische Teilhabe. Deshalb möchte Volt diese beiden Kompetenzen verbinden. Gleichzeitig sollen demokratische Prozesse noch mehr thematisiert und fächerübergreifend angewandt werden.

Begründung: Neben der Beteiligung an und Thematisierung von demokratischen Prozessen im Unterricht spielt das Erlernen von Entscheidungsfindungen eine genauso wichtige Rolle bei der Förderung des Demokratiebewusstseins. Wie Recherche, Analysen, Bewertungen und Kommentare funktionieren, ist ein wichtiger Bestandteil jeder Information. Wir möchten erreichen, dass Kinder in der heutigen Informationsflut effektiv entscheiden können, welchen Quellen sie vertrauen können.

BEST PRACTICE

In Österreich werden Demokratie und Medienkompetenz zusammen gedacht und von der ersten Klasse an systematisch gelehrt. Die Lernerfahrungen sind nicht rein schulisch oder theoretisch, sondern können in Form von Mitbestimmung und Gestaltung der sogenannten Smart-City-Initiative gesammelt werden. Die staatliche Internetseite bietet einen Überblick und die Möglichkeit, eigene Projekte ins Leben zu rufen.

Volt will, dass Lehrmittel generell durch die Bildungseinrichtungen beschafft werden.

Konkret: Wir wollen, dass z. B. Hefte und Bücher allen Lernenden kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Die Schulen sollen die benötigten Lehrmittel nach eigener Entscheidung besorgen und können Kosten hierfür anteilig an die Erziehungsberechtigten weitergeben, wobei finanziell schlechtergestellte Familien davon befreit werden können.

Begründung: Die Beschaffung durch die Schulen sichert die Gleichwertigkeit der Lehrmittel und sorgt dadurch für mehr Chancengleichheit. Zusätzlich entlastet dies die Eltern sowohl finanziell als auch zeitlich, da sie weniger Zeit und Geld für die Beschaffung aufwenden müssen.

Wir wollen gesunde, kostenlose und klimafreundliche Mittagsverpflegung an allen Bildungseinrichtungen.

Konkret: Jedes Kind sollte Zugang zu gesunder, ausgewogener und nachhaltiger produzierter Ernährung haben. Daher wollen wir an allen Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur weiterführenden Schule eine kostenlose Mittagsverpflegung mit dem Schwerpunkt auf regionaler, saisonaler und fleischarmer Küche sicherstellen. Nach Möglichkeit sollen Zutaten aus biologischem Anbau verwendet werden. Bei der Verwendung von tierischen Produkten soll auf die Einhaltung hoher Tierhaltungsstandards geachtet werden.

Begründung: Aus unserer Sicht hat jedes Kind ein Recht auf ausgewogene, gesunde und nachhaltige Ernährung. Diese stellt für uns zusätzlich zu einem guten Bildungsangebot einen zentralen Aspekt für optimale Entwicklungschancen dar.

Wir fordern die Einführung von multiprofessionellen Teams in Schulen und Kindertageseinrichtungen.

Konkret: Volt möchte, dass an allen pädagogischen Einrichtungen auch Fachkräfte für zusätzliche Tätigkeiten beschäftigt werden. Sie sollen die Aufgaben übernehmen, welche bisher hauptsächlich durch Erziehungs- und Lehrkräfte übernommen wurden. Darum möchten wir die entsprechenden Stellen für Systemadministration, Sonderpädagogik, Schulpsychologie, Heilpädagogik und Verwaltungsaufgaben schaffen.

Begründung: Um dem Mangel an pädagogischen Fachkräften zu begegnen, sollen sie sich auf die Wissens- und Kompetenzvermittlung konzentrieren können. Damit sie die Möglichkeit dazu haben, wollen wir sie von möglichst vielen zusätzlichen Aufgaben entlasten.

Volt möchte eine gerechtere Bezahlung aller Lehrkräfte und fordert deshalb die Angleichung des Verdienstes und der Arbeitsbedingungen.

Konkret: Lehrkräfte sollten grundsätzlich und unabhängig von der Schulart sowie dem Beschäftigungsverhältnis die gleiche Vergütung für gleiche Leistungen erhalten. Die Ausbildungszeiten sollten dafür angeglichen und teilweise um entsprechende pädagogische und didaktische Inhalte erweitert werden.

Begründung: Lehrkräfte, die eine gleichwertige Ausbildung und Qualifikation haben, sollten auch gleichwertig entlohnt werden. Den Anteil, den Gymnasiallehrkräfte inhaltlich mehr erlernen müssen, müssen Grundschul- und Mittelschullehrkräfte pädagogisch und erzieherisch mehr erlernen. Dies zu unterscheiden bedeutet auch, die Pädagogik und Erziehung abzuwerten.

Wir fordern eine Bundesbildungskommission.

Konkret: Wir fordern die Gründung einer Bundesbildungskommission, welche mit Forschenden, psychologischen Fachkräften und Repräsentierenden von Bund und Ländern besetzt wird. Diese soll die Kultusministerkonferenz ersetzen und als Steuergremium bildungspolitische Reformen bundesländerübergreifend initiieren. Die Länder behalten dabei ihre gesetzgebenden Kompetenzen, da alle Beschlüsse der Kommission von Landesparlamenten in Landesgesetzen realisiert werden müssen.

Begründung: Diese Kommission ermöglicht es, bildungswissenschaftliche Erkenntnisse in die Politik zu überführen und die Bildungsqualität in Deutschland insgesamt vergleichbar zu machen.

Volt möchte die psychische Gesundheit von Lehrenden und Lernenden durch spezifische Angebote verbessern.

Konkret: Wir wollen mit Angeboten durch Fachkräfte für Schulpsychologie und Sozialpädagogik in den Schulen freie Ansprechpersonen für Lehrkräfte und Lernende schaffen.

Begründung: Spätestens seit der Pandemie – aber auch schon zuvor – hat die psychische Belastung für Lehrkräfte und Kinder stark zugenommen, was sich drastisch auf die mentale Gesundheit und die persönliche Entwicklung an Schulen auswirkt. Dem wollen wir entschlossen entgegenwirken.

BEST PRACTICE

In Bayern gibt es hierzu bereits ein Pilotprojekt (STARK) der Schulewirtschaft Akademie im Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft e.V.. Dieses Konzept wurde an Berufsschulen getestet, 2019 mit vielversprechendem Erfolg ausgewertet und 2020 erstmals an einer Realschule umgesetzt. Damit in der Zukunft auch jüngere Kinder und Jugendliche davon profitieren können, möchten wir diese Initiative unterstützen, denn momentan wird das Konzept lediglich für die 9./10. Jahrgangsstufe empfohlen.

AUSBILDUNG VON ERZIEHUNGS- UND LEHRKRÄFTEN

Wir fordern die verstärkte Einbringung der Themen „Digitale Medien im Unterricht“, „Psychische Gesundheit“, „Nachhaltigkeit“ und „Geschlechtsneutrale Betreuung“ in der Ausbildung.

Konkret: Diese Themen gewinnen in der heutigen Zeit an Relevanz. Um diesem Wandel nicht hinterher zu hängen, müssen angehende Lehrkräfte darauf vorbereitet werden.

Begründung: Alle vier Themen spielen eine besondere Rolle in der Zukunft. Die Themen „Digitale Medien im Unterricht“ und „Psychische Gesundheit“ sind vor allem durch die Corona-Pandemie in den Fokus gerückt. „Nachhaltigkeit“ und „Geschlechtsneutrale Betreuung“ sind schon vor der Pandemie wichtige Themen im gesellschaftlichen Diskurs gewesen.

Volt möchte eine freie und vielfältige Examensvorbereitung für alle Studierenden.

Konkret: Die Möglichkeiten zur Examensvorbereitung variieren derzeit je nach Standort sehr stark. Außerdem wird die Examensvorbereitung zur Regelstudienzeit gezählt, wodurch im letzten Semester vor dem Examen sowohl Kurse belegt als auch die Vorbereitung untergebracht werden müssen.

Begründung: Zum einen baut dies unnötig Druck auf die Studierenden auf, zum anderen trägt es dazu bei, dass Studierende entweder gar nicht oder nur schlecht bestehen.

Die europäischen Austauschprogramme sollen ausgeweitet und deren Zugang erleichtert werden.

Konkret: Europäischer Austausch ist für Volt besonders wichtig. Wir möchten deshalb die Hürden senken, die manche Studierenden davon abhalten, ein Auslandssemester in Erwägung zu ziehen. Dazu möchten wir die vorhandenen Programme subventionieren und Lücken in den Angeboten schließen.

Begründung: Jeder Studierende sollte, unabhängig seiner finanziellen Mittel, die Möglichkeit haben, Auslandserfahrungen zu sammeln. Das Kennenlernen neuer Kulturen und Menschen trägt zur Entwicklung der Persönlichkeit und des Weltbilds bei. Außerdem fördern solche Begegnungen das internationale Miteinander, welches in diesen Zeiten stärker gefragt ist denn je.

Volt strebt die Reformierung der Lehrerausbildung an.

Konkret: Bayern konnte laut des Wissenschaftsministeriums dieses Jahr zum ersten Mal nicht alle offenen Stellen des Lehramts vergeben. Wir möchten deshalb das Lehramtsstudium reformieren und damit beginnen, dass das Studium dual und damit praktischer ausgelegt wird. Außerdem möchten wir auf lange Sicht die Abschlussform an Berlin oder Baden Württemberg angleichen und auf das Bachelor-/Mastersystem umstellen.

Begründung: Einige der didaktischen Inhalte und Konzepte lassen sich schneller und eindrücklicher in der Praxis erfahren. Ein wichtiger Bestandteil einer Lehrerpersönlichkeit ist hier ihre Wirkung auf die Kinder. Dies lässt sich am besten durch angeleitete Praktika verwirklichen. Mit einer besseren Vergleichbarkeit der Abschlüsse, auch in internationalen Kontexten, fällt der Wechsel zwischen schulischen und weiterbildenden Lehrangeboten wesentlich leichter.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Volt strebt kostenlose Kindertageseinrichtungen und -krippen an.

Konkret: Qualität hat für uns zunächst Vorrang gegenüber Kostenfreiheit. Für Erziehungsberechtigte, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, soll

auch schon jetzt Kostenfreiheit ermöglicht werden, mittelfristig streben wir diese jedoch für alle Erziehungsberechtigten an.

Begründung: Bildung ist der Schlüssel für eine funktionale Gesellschaft mit einem stabilen sozialen Gefüge und die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, weshalb Volt die frühkindliche Bildung stark in den Fokus stellt und eine allgemeine Teilhabe, unabhängig vom Einkommen der Eltern, ermöglichen möchte. Eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung ist die Basis für die spätere soziale und geistige Entwicklung der Kinder. Es soll vor allem Kindern aus geflüchteten Familien die Möglichkeit geben, vor dem Schulbeginn sozialen Anschluss zu finden sowie erste Deutschkenntnisse spielerisch und ohne Druck zu sammeln.

BEST PRACTICE

Mecklenburg-Vorpommern investiert seit Januar 2020 über 350 Millionen Euro pro Jahr in die Kindertagesförderung, um allen Kindern einen kostenfreien Platz bieten zu können und um die Eltern finanziell zu entlasten. Dazu gehören Krippen, Kindergärten, Tagesbetreuungen und Horte. Einzig die Verpflegung und Sonderaktivitäten (wie Besuche von Zoos oder Theatern) werden von dieser Finanzierung nicht abgedeckt.

Wir möchten, dass die Anerkennung ausländischer Ausbildungen erleichtert wird.

Konkret: Volt fordert die Abschaffung bürokratischer Hürden bei der Anerkennung gleichwertiger Berufsabschlüsse aus dem Ausland.

Begründung: Qualifizierte und ausgebildete Menschen können aktuell aufgrund verschiedener bürokratischer Hürden nicht in dem von ihnen erlernten Beruf arbeiten. Dies führt dazu, dass Arbeitgebenden die dringend benötigten Fachkräfte vorenthalten werden und Einwandernde mit hoher Qualifikation in Berufen arbeiten müssen, die nicht ihrer Ausbildung entsprechen. Im internationalen Wettbewerb kann es für Deutschland zu einer nachteiligen Position führen, wenn spezialisierte Fachkräfte sich für Länder mit weniger bürokratischen Hürden entscheiden.

Volt möchte die grundlegende Arbeitsstruktur der Erziehenden verbessern.

Konkret: Fortbildungs- und Urlaubstage sollten deutlich mehr Beachtung finden. Außerdem sollten in jeder Kita Hauswirtschafts- und Verwaltungskräfte

zur Unterstützung vorhanden und in ausreichendem Stundenumfang angestellt sein.

Begründung: Damit die pädagogischen Fachkräfte ihrer eigentlichen Aufgabe in vollem Umfang gerecht werden können, benötigen sie Unterstützung in Bezug auf die verwalterischen und hauswirtschaftlichen Aufgaben. Dies trägt zu einer erheblichen zeitlichen Entlastung bei, welche sowohl in die pädagogische Arbeit fließen kann, wie auch in Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte.

ERWACHSENENBILDUNG

Volt möchte den Bildungsurlaub auch in Bayern etablieren.

Konkret: Bis auf Sachsen ist Bayern das einzige Bundesland Deutschlands, das keinen Bildungsurlaub gewährt. Wir wollen das ändern. Zusätzlich zum regulären Urlaub soll es vergütete Zeit geben, die zur eigenen Fortbildung verwendet werden darf.

Begründung: Lebenslange Bildung gehört mit zu den wichtigsten Aspekten für ein gesundes und glückliches Leben. Abgehängt sein von sozialen und beruflichen Fähigkeiten beeinträchtigt die Lebenschancen und -qualität. Bildung heißt aber auch die Investition von Zeit.

Volt unterstützt den Vorschlag für eine übergeordnete Transfer- und Vernetzungsstelle zur Digitalisierung.

Konkret: In der digitalen Wende kommt es nicht nur darauf an, die Lehramtsstudierenden besser vorzubereiten, sondern zusätzlich auch auf Fortbildungsmöglichkeiten für bereits vorhandene Lehrkräfte.

Begründung: Noch ist eine flächendeckende Koordinierung dieser Initiative nicht möglich. Diese Stelle soll dabei helfen, die nötigen Ressourcen bereitzustellen, Lehrkräfte auszumachen, die eine Fortbildung benötigen und diese an entsprechende Stellen weiterzuleiten.

Volt möchte Umschulungsmaßnahmen verstärken und erleichtern.

Konkret: Ältere Arbeitnehmende sollen auf ihrem Weg von körperlich anstrengenden zu körperlich weniger anstrengenden Berufen unterstützt werden. Hierbei können auch Wechsel in die Verwaltung der öffentlichen Ämter dienlich sein.

Begründung: Dabei soll verhindert werden, dass sich ältere Menschen nutzlos fühlen oder keine neuen Jobs finden, sondern selbst den Überblick behalten und sich so neu orientieren können. Gleichzeitig soll eine Entlastung, z.B. der Schulen oder Kitas, bei Verwaltungsaufgaben entstehen.

FACHKRÄFTEMANGEL

Volt fordert eine verbesserte Ausbildungsvergütung für soziale und handwerkliche Berufe mit systemrelevantem Charakter, auch im Hinblick auf die Energiewende.

Konkret: Volt möchte den Lohn der Auszubildenden in sozialen und handwerklichen Berufen attraktiver gestalten, um so eine breite Masse für diese wichtigen Tätigkeiten zu gewinnen.

Begründung: Gerade Berufe im Handwerk und im sozialen Bereich müssen attraktiver werden, um einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Wertschätzung für diese wichtigen Berufe beginnt schon bei der Bezahlung in der Ausbildung. Eine alternde Gesellschaft und die bereits beginnende Energiewende lassen sich nur mit motivierten und gut ausgebildeten Fachkräften bewältigen.

Volt möchte den deutschen Qualitätsrahmen an den europäischen angleichen, sodass eine bessere Vergleichbarkeit entsteht.

Konkret: Die Angleichung der Qualitätsrahmen würde es Menschen aus dem Ausland ermöglichen, leichter einen Job zu finden. Außerdem würde es die grundsätzliche Vergleichbarkeit europaweit stark verbessern.

Begründung: Menschen, die mit einer Ausbildung aus dem Ausland nach Deutschland kommen, haben oft keine Möglichkeit, dem Grad ihrer Ausbildung entsprechend eine Arbeit zu finden. Dies betrifft vor allem die Pflege.

Volt möchte die Kostenstruktur rund um die Meisterausbildung neu bewerten.

Konkret: Wir möchten die Kosten für die Meisterausbildung abschaffen und durch eine Meisterausbildungsgebühr ersetzen. Darin enthalten sind die Ausbildung an sich, die Prüfung und die Möglichkeit, mit dem ÖPNV an die

Ausbildungsstätte zu gelangen. Außerdem soll es finanzielle Unterstützung für materielle Anschaffungen geben.

Begründung: Diese Umstrukturierung würde aus unserer Sicht mehr (junge) Menschen dazu bringen, eine Meisterausbildung überhaupt wieder in Betracht zu ziehen.

Wir möchten die Unternehmensgründung vereinfachen und unterstützen.

Konkret: Zum einen möchten wir eine Meistergründungsprämie in Bayern einführen (so wie sie bereits in Berlin, Brandenburg oder Niedersachsen vorhanden ist). Zum anderen möchten wir Anlauf- und Informationsstellen für Gründende etablieren, in denen sie sich zu verschiedensten Themen beraten lassen können. Themen wie Nachhaltigkeit, effizientes Wirtschaften, Digitalisierung, Finanzierung, Gesundheit am Arbeitsplatz und anti-diskriminierendes Verhalten sollen vertreten sein.

Begründung: Die Gründung eines Unternehmens ist ein großer Schritt und bringt viele zu beachtende Aspekte mit sich. Hierbei den Überblick zu bewahren und für das Unternehmen die richtigen Entscheidungen zu treffen, ist bereits vor der Gründung einer der wichtigsten Bestandteile. Um dabei unterstützend zu wirken, möchten wir diese Stellen etablieren.

HOCHSCHULEN

Wir wollen mehr Mitbestimmung und eigene Geldmittel für Studierendenvertretungen rechtlich verankern.

Konkret: Das von der CSU ins Leben gerufene Hochschul-Innovationsgesetz (HIG) ist darauf ausgelegt, das Machtverhältnis an Hochschulen zugunsten der präsidentiellen Ebene zu kippen. Gleichzeitig würde dieses Gesetz dazu führen, dass die Lehrstühle für ihre marktwirtschaftlich gesteuerte Finanzierung selbst verantwortlich sind. Wir wollen demokratisch gewählten Vertretungen von Studierenden in Bayern den überfälligen gesetzlichen Anspruch auf eigene Geldmittel geben, über die sie frei im Sinne der Studierendenschaft verfügen können.

Begründung: Damit Hochschulen weiterhin Teil unseres demokratischen Systems bleiben, ist es notwendig, dass alle tragenden Parteien der Hochschulen

(Studierende, Lehrende, Forschende etc.) den Charakter ihrer Lehranstalten mitbestimmen können. Außerdem bedarf es besonders in den Geistes- und Sozialwissenschaften stärkerer öffentlicher Förderung, da sie – trotz ihrer unverzichtbaren Wirkung – andernfalls nicht dem wirtschaftlichen Druck standhalten könnten.

BEST PRACTICE

*Während in Bayern kein rechtlich verankerter direkter Einfluss auf die Ausgaben einer Universität besteht, stand z.B. dem demokratisch gewählten Studierendenrat der Universität **Hamburg** 2020 mehr als eine Mio. Euro für u.a. selbst organisierte Vorträge zur Verfügung.*

Volt stellt sich gegen die Kettenbefristung und fordert deshalb eine staatliche Subvention.

Konkret: Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss überarbeitet und konkretisiert werden. Es soll nicht mehr möglich sein, Angestellte über ihren Vertrag hinweg auszunutzen.

Begründung: Damit wissenschaftlich Arbeitende ihre Promotionen beenden können und ohne den ungewissen Blick in die Zukunft ihre Forschung betreiben können, müssen diese Regelungen gefunden und festgelegt werden. Die Ausbeutung schadet der akademischen Laufbahn und somit auch der Zukunft des Wissenschaftsstandorts.

Volt möchte Gründungswillige aus der Wissenschaft fördern.

Konkret: Wir möchten Menschen aus dem Wissenschaftsbetrieb darin unterstützen, sich mit ihrem Erfindungsgeist auf eigene Beine zu stellen. Oftmals gelangen ihre Innovationen nicht an die Öffentlichkeit, da sie an bürokratischen oder finanziellen Hindernissen scheitern. Diese Hürden müssen beseitigt und weitere Subventionen und Fördermittel dafür bereitgestellt werden.

Begründung: Ohne die Anstrengungen und Durchbrüche unserer Wissenschaft auf den verschiedenen Feldern können wir den aktuellen Krisen (z.B. Klima, Gesundheit, Energie) kaum etwas entgegenhalten. Ihre Ideenvielfalt muss ihren Raum finden und sich praktisch entfalten.

3 KLIMA & ENERGIE

Was sind die aktuellen Probleme?

Die Energiepreise sind durch die Decke geschossen und Naturkatastrophen durch den Klimawandel¹¹ und Flächenversiegelung werden auch uns in Zukunft weit häufiger heimsuchen.¹² Beim Schutz der Bevölkerung vor diesen Problemen ist die Politik der letzten Jahre grandios gescheitert: Nur durchschnittlich 8 neue Windräder pro Jahr sind im größten deutschen Bundesland seit 2018 ans Netz gegangen, weil willigen Gemeinden durch pauschale Abstandsregeln der Bau fast unmöglich gemacht wird.¹³ Die Verzögerung im Bau der Stromtrassen vom Norden in den Süden Deutschlands¹⁴ hat massiv den Ausbau eines sicheren gesamteuropäischen Stromnetzes behindert. Nutztiere – während rund ein Drittel der Fläche Bayerns Ackerland ist¹⁵ – werden wegen enger, unwürdiger Lebensbedingungen oft krank oder sterben vorzeitig.¹⁶

Welche Lösungen bietet der europäische Blick?

Wie bereits in einigen deutschen Bundesländern hat ganz Frankreich zum 1. Juli 2023 die Solarpflicht für Großparkplätze eingeführt, um bereits versiegelte Flächen für die klimaneutrale Energieerzeugung zu nutzen.¹⁷ Vielen Zusammenschlüssen von Privatleuten in Belgien gelingt es, als Genossenschaften umweltfreundliche, lokale Energie ohne Abhängigkeiten von Konzernen über 20 Jahre zum gleichen Grundpreis anzubieten.¹⁸ Währenddessen setzt man in den Niederlanden auf in die Höhe gebaute Gewächshäuser zum Lebensmittelanbau¹⁹, was der Natur und den Tieren mehr Platz lässt.

Wie sieht unsere vereinende Vision bei diesem Thema aus?

Bayern muss endlich den Bau von Strom-Infrastruktur in einem europäischen Gesamtkonzept beschleunigen und die Bevölkerung unabhängig von fossilen Brennstoffen machen. Dazu gehört auch die Einrichtung von

11 <https://de.scientists4future.org/ueber-uns/stellungnahme/fakten//>

12 <https://klimainformationssystem.bayern.de/klimaentwicklung/veranderungen-des-klimas>

13 <https://www.sueddeutsche.de/bayern/energie-muenchen-neue-bilanz-2022-nur-14-neue-windraeder-in-ganz-bayern-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-230118-99-266671>

14 <https://www.br.de/nachrichten/bayern/energie-ilse-aigner-raeumt-versaemnisse-der-csu-ein,TE5yiy4>

15 <https://www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2022/pm116/>

16 <https://www.zeit.de/news/2022-06/17/tierwohl-in-bayern-wenig-kontrollen-viele-beanstandungen>

17 <https://www.heise.de/hintergrund/Photovoltaik-Auf-franzoesischen-Parkplaetzen-kuenftig-Pflicht-7496548.html>

18 <https://www.spiegel.de/ausland/energiewende-in-belgien-wie-buerger-den-hohen-strompreisen-trotzen-a-5cb2ca77-3919-40c4-8c7e-93d7b227d945>

19 <https://p.dw.com/p/3BFLV>

3

KLIMA & ENERGIE

Speichermöglichkeiten (etwa Sandspeichern wie in Finnland²⁰) für lokal erzeugte, klimaschonende Energie. Wir sind überzeugt, dass es bei den notwendigen Veränderungen – wie der vertikalen Landwirtschaft statt Massentierhaltung und der Renaturierungen von Mooren – wichtig ist, das produzierende Gewerbe nicht zu vergessen. Volt will Planungssicherheit für umweltschützende Investitionen schaffen, um gemeinsam eine belastbare Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität bis spätestens 2040 zu erreichen.

ENERGIEVERSORGUNG

Volt möchte einen „Landesfonds Klima & Energie“ einrichten.

Konkret: Um den Industriestandort und die Energiesicherheit in unserem Bundesland langfristig zu sichern, wollen wir einen Sonderfonds einrichten und mit erheblichen finanziellen Mitteln ausstatten. Dieser soll mittlere und große Projekte zur Energiewende, Forschung & Entwicklung sowie den Aufbau von Fertigungskapazitäten für erneuerbare Energietechnik fördern.

Begründung: Mit einem Fonds und der damit verbundenen Verteilungsstelle bauen wir verwaltungsseitig Know-How und Übersichtlichkeit bei wegweisenden Projekten auf und binden das Interesse von Investierenden. So können wir vernetzen, Vielfalt effizient fördern und die Gesamtentwicklung steuern, damit sich keine neuen Abhängigkeiten von einzelnen Akteuren bilden können.

BEST PRACTICE

Österreich hat bereits 2007 einen Klima- und Energiefonds aufgesetzt, der mit einem Förderbudget von 1,9 Mrd. Euro ca. 200.000 Projekte fördern konnte. In Zusammenarbeit mit Gemeinden, Regionen, Städten, Unternehmen, Industriebetrieben, Forschungseinrichtungen und Privatleuten hatten diese wiederum Investitionen in 6-facher Höhe zur Folge.

20 <https://www.heise.de/hintergrund/Power-to-Heat-Wie-eine-Batterie-aus-Sand-Waerme-speichern-und-abgeben-soll-7179764.html>

Volt will lokale Projekte für erneuerbare Energien von Genossenschaften und Kommunen stärker fördern sowie existierende Programme bekannter machen.

Konkret: Zuschüsse zu Investitionen in kommunale und genossenschaftliche lokale Projekte sollen entsprechende Anreize setzen, erneuerbare Energien regional auszubauen und Betroffene zu Beteiligten zu machen, sodass möglichst viele Menschen vor Ort von der Wertschöpfung profitieren.

Begründung: Dezentrale Energieprojekte sind ein essenzieller Baustein, ohne den die Energiewende nicht gelingen wird. Die Beteiligung von lokaler Bevölkerung und Kommunen erhöht sowohl den Wohlstand als auch die Akzeptanz vor Ort.

BEST PRACTICE

*Vor allem in **Belgien** gelingt es vielen Zusammenschlüssen von Privatleuten bereits, als Genossenschaften umweltfreundliche, lokale Energie ohne Abhängigkeiten von Konzernen über 20 Jahre zum gleichen Grundpreis anzubieten.*

Volt will Windkraft stark ausbauen und pauschale Abstandsregelungen abschaffen.

Konkret: Wir wollen einen massiven Zubau von mindestens 1 Gigawatt installierter Leistung pro Jahr bis 2035 erreichen und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen. Die Bundesgesetzgebung sieht außerdem ausreichende Regeln für den Schutz von Anwohnenden und Natur vor, sodass pauschale Abstandsregelungen in Bayern ersatzlos abgeschafft werden sollen.

Begründung: Pauschale Abstandsregelungen blockieren den Ausbau der Windenergie in Bayern und bedeuten inzwischen eine ernste Gefahr für den Wohlstand und den Industriestandort Bayern. Um außerdem die Klimaziele auch nur ansatzweise zu erreichen und die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren, muss das Ausbautempo bei Windkraft enorm beschleunigt werden.

Volt unterstützt den aktuellen Ausbau der Wasserstoff-Infrastruktur.

Konkret: Wir befürworten die aktuellen Bestrebungen in Bayern, eine Wasserstoffinfrastruktur aufzubauen und Überschüsse aus erneuerbaren Energien künftig auch verstärkt chemisch in Wasserstoff zu speichern. Dies darf aber

keine Begründung sein, um den Ausbau von erneuerbarer Energie in Bayern zu bremsen.

Begründung: Da Wasserstoff in Zukunft v.a. für Industrie und Logistik eine große Rolle spielen wird, ist der Ausbau der Infrastruktur nötig. Wir gehen davon aus, dass wir trotz intensiver Bemühungen auch in Zukunft auf Importe von klimaneutral erzeugtem Wasserstoff angewiesen sein werden. Für künftige große Überschüsse aus erneuerbaren Energien (z.B. Solarenergie im Sommer) bieten Elektrolyseure eine gute Möglichkeit zur Langzeitspeicherung.

Quartier-Speicherlösungen für Strom sollen zum Standard werden.

Konkret: Wir wollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für Speicher im mittleren Maßstab schaffen und geeignete Technologien fördern. In Neubau- und Industriegebieten sollen entsprechende Speicherlösungen immer vorgesehen sein.

Begründung: Energiespeicher helfen, die verfügbaren erneuerbaren Energien z.B. nachts nutzbar zu machen und so die nötige Grundlast zu reduzieren. Speicher im Quartiers-Maßstab sind hierbei eine sehr sinnvolle Ergänzung und lassen sich gut in sogenannte „Smart Grids“ (intelligente Stromnetze, die Erzeugung, Speicherung und Verbrauch aufeinander abstimmen) integrieren.

BEST PRACTICE

Das **Fraunhofer-Institut** für Solare Energiesysteme (ISE) hat mit der Stadt Kaiserslautern ein Leuchtturmprojekt („EnStadt:Pfaff“) umgesetzt, um dort Simulationen eines energieeffizienten, klimaneutralen Quartiers unter Realbedingungen zu testen.

Wir möchten die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) ausbauen und das Beratungsangebot erweitern.

Konkret: Die Agentur soll noch stärker eine Hilfestellung bei der Planung und Umsetzung von lokalen Projekten durch Kommunen und Genossenschaften bieten. So soll sie z.B. durch Beratung zu rechtlichen Vorgaben, Formalien, Förderung, technischen Möglichkeiten, Berechnungen, Finanzierung etc. die Umsetzung von lokalen EE-Projekten erleichtern sowie Initiativen mit der Industrie vernetzen.

Begründung: Da die Menschen vor Ort vielfach Laien auf dem Gebiet sind, stellt oft bereits die Planung und Informationsbeschaffung eine große Hürde dar, weswegen wir hier stärker unterstützen wollen. Die Konzentration von Fachkompetenz auf Landesebene bietet bei vertretbarem Aufwand allen engagierten Menschen den Zugang zu den notwendigen Informationen.

Volt möchte Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe machen und fordert verbindliche Energie-Entwicklungspläne auf lokaler Ebene.

Konkret: Wir fordern, dass in jedem Landkreis in Zusammenarbeit mit Land und Kommunen eine Strategie erarbeitet werden muss, wie dieser lokal in Zukunft seine Energieversorgung in Vereinbarkeit mit den Pariser Klimazielen sicherstellen möchte. Außerdem wollen wir Klimaschutz für Kommunen zur Pflichtaufgabe machen. Der lokale Entwicklungsplan hilft dann dabei, alle relevanten Sektoren ehrlich abzubilden, nötige Handlungsfelder aufzuzeigen und Gelder aus unserem Landesfonds dafür verfügbar zu machen.

Begründung: Viele positive Dinge werden auf lokaler Ebene im Rahmen des Klimaschutzes bereits umgesetzt. Leider ist dies oft zwar gut gemeint, doch der tatsächliche Einfluss der Maßnahmen hält sich stark in Grenzen und ist eher symbolisch. Mit lokalen Entwicklungsplänen lassen sich die Klimaziele auf das unmittelbare Lebensumfeld herunterbrechen. Solange Klimaschutz nicht Pflichtaufgabe ist, hat er gegenüber anderen Bereichen oft zu niedrige Priorität und wird nicht mit entsprechenden Mitteln vom Land unterstützt.

KLIMAFREUNDLICHES BAUEN & HEIZEN

Dachflächen bei Neubauten sollen grundsätzlich sinnvoll genutzt werden.

Konkret: Durch eine Nutzungspflicht sollen Dachflächen künftig flexibel, z.B. für Solarenergie, Dachbegrünung, Wassergewinnung oder Wohnraum sinnvoll genutzt werden. Entsprechende Ausnahmeregelungen sollen bei guter Begründung möglich sein.

Begründung: Dachflächen, sowohl bei gewerblichen als auch bei privaten Neubauten, sind zu wertvoll, um diese ungenutzt zu lassen – auch vor dem Hintergrund des enormen Flächenfraßes in Bayern. Wir wollen hier flexibel

verschiedene Möglichkeiten der Nutzung zulassen, jedoch soll künftig keine neugebaute Dachfläche mehr „verloren gehen“.

BEST PRACTICE

*Die Stadt **Tübingen** hat eine Photovoltaik-Pflicht bereits seit 2018 etabliert und erzielt damit gute Erfolge. Baden-Württemberg hat eine entsprechende Regelung nun landesweit eingeführt.*

Wir wollen bei großen Parkplätzen wahlweise Photovoltaik oder umweltfreundliche Begrünung zur Pflicht machen.

Konkret: Wir wollen ab sofort bei neu gebauten Parkplätzen die zusätzliche Nutzung für Solarenergie oder Begrünung vorschreiben. Damit sollen sie wahlweise zur Energiegewinnung oder positiv zu Biodiversität, Stadtbild und -klima beitragen. Diese Regelung möchten wir auf Bestandsparkplätze ab 30 Stellplätzen mit einer Übergangsfrist von 5 Jahren ausweiten..

Begründung: In Bayern gibt es ein großes Ausbaupotenzial bei bereits verbrauchten Flächen in Form von Parkplätzen, z.B. an Supermärkten, in Industriegebieten, Autobahnraststätten, Freizeitparks etc. In Zeiten des Klimawandels können wir es uns nicht länger leisten, Flächen so ineffizient zu nutzen, wie wir es derzeit noch tun.

BEST PRACTICE

*In **Nordrhein-Westfalen** gilt seit dem 1. Januar 2022, dass neue Parkflächen mit mehr als 35 Stellplätzen überdacht und die Dächer mit Photovoltaikanlagen oder Solarthermie ausgestattet werden müssen („Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung 2018“). Frankreich hat die Solarpflicht zum 1. Juli 2023 sogar in der gesamten Nation für Parkplätze ab 80 Stellplätzen eingeführt*

Wir wollen den Ausbau von Fern- und Nahwärmenetzen als Ergänzung zu Wärmepumpen beschleunigen.

Konkret: Zusätzlich zu den bereits laufenden Bestrebungen, mehr mit Wärmepumpen zu heizen, sehen wir außerdem Wärmenetze als Teil der öffentlichen Infrastruktur. Daher wollen wir den Ausbau von Fern- und Nahwärme insgesamt auch mit öffentlichen Geldern weiter vorantreiben.

Begründung: Die Produktion von Wärme erfordert derzeit noch große Mengen fossiler Brennstoffe und erzeugt somit erhebliche Emissionen und macht uns

von Energieimporten abhängig. Daher soll Abwärme aus Industrieprozessen sowie zentral erneuerbar erzeugte Wärme zum Beheizen von Gebäuden nutzbar gemacht werden, da diese deutlich kosteneffizienter ist.

BEST PRACTICE

*Sowohl in **Deutschland** als auch in **skandinavischen Ländern** gibt es zahlreiche Beispiele für die Wirtschaftlichkeit und Attraktivität von erneuerbarer Fernwärme. So wird Wärme z.B. durch Geothermie, Abwärme aus Kläranlagen oder Solarthermie in Kombination mit Großwärmepumpen erzeugt und kann in Salz- oder Sand-Speichern (z.B. in Finnland) bis zu mehrere Monate gespeichert werden.*

Volt fordert mehr Bauen in der Substanz und Sanierung vor Abriss und Neubau.

Konkret: Wir wollen in einer Umbauordnung als Ergänzung der bisherigen Bauordnung die Sanierung von Bestand vereinfachen, um Abrisse zu verhindern. Außerdem fordern wir vor dem Abriss einen Nachweis, dass Bestandsgebäude nicht sinnvoll weiter genutzt werden können.

Begründung: Überwiegend wird auf Abriss statt Sanierung oder Umbau zurückgegriffen. Hier wird verkannt, dass beim Abriss und Neubau erhebliche Emissionen verursacht werden. Sanierungen werden oft durch zusätzliche Auflagen erschwert, sodass weitere Kosten entstehen und ein Abriss mit Neubau als wirtschaftlicher erscheint.

BEST PRACTICE

Diese Bauform wurde in bereits vorangegangenen Bauepochen praktiziert und es wurde eher umgebaut und erweitert, als ein Gebäude neu zu errichten, um die bereits gebundenen Ressourcen weiter zu nutzen.

KLIMAAANPASSUNG & WASSERWIRTSCHAFT

Das Land muss verstärkt Systeme zur Wasserrückhaltung und -speicherung einrichten, um Hochwasser- und Dürreperioden vorzubeugen.

Konkret: Zum Ausgleich von Hochwasser- und Dürreperioden wollen wir entlang der Flüsse mehr Puffersysteme zur Wasserrückhaltung und Regulierung einrichten, die auch zur landwirtschaftlichen Bewässerung bei Dürre bzw. zum Löschen von Waldbränden genutzt werden können.

Begründung: Mit zunehmendem Klimawandel werden sowohl Starkregen-Ereignisse als auch Dürreperioden deutlich häufiger auftreten, wie die letzten Sommer bereits zeigten. Die bisherigen Systeme müssen zum Schutz der Bevölkerung und für die landwirtschaftliche Nutzung optimiert werden.

BEST PRACTICE

Kopenhagen gilt als Beispiel für eine Schwammstadt, um dem Hochwasserrisiko entgegenzuwirken. In Deutschland gibt es ein Modellprojekt an der Glems und den zugehörigen Leitfaden „Kommunales Starkregenerisikomanagement“.

Wir fordern die Trendwende hin zu klareren Gewässern und geringerer Schadstoffbelastung.

Konkret: Durch ein Maßnahmenpaket zur Optimierung der Klärung und Selbstreinigung von Gewässern sowie zur Reduktion von Schadstoffeintrag generell wollen wir die Trendwende zur Verbesserung der Qualität unserer Gewässer schaffen. Dazu gehören u.a. Maßnahmen in der Veterinär- und Humanmedizin, die Optimierung von Kläranlagen, verschiedene wasserbauliche Maßnahmen sowie Aufklärungskampagnen in der Bevölkerung bzgl. der korrekten Entsorgung bestimmter Produkte.

Begründung: Bereits seit vielen Jahren nimmt die Konzentration von zahlreichen Schadstoffen in unseren Gewässern immer weiter zu und verfehlt die Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Dazu zählen unter anderem Rückstände von Medikamenten, Haushaltschemikalien, Pflanzenschutzmitteln und Kosmetika sowie Mikroplastik und Schwermetalle, was Menschen und Umwelt gleichermaßen gefährdet.

KLIMANEUTRALE LANDWIRTSCHAFT

Volt will vertikale Landwirtschaft zur Lebensmittelerzeugung etablieren und Massentierhaltung reduzieren.

Konkret: Wir wollen Betriebe speziell beim Umstieg von intensiver Viehhaltung auf vertikale Landwirtschaft finanziell bei den nötigen Umbaumaßnahmen unterstützen und langfristige Planungssicherheit für entsprechende Investitionen bieten.

Begründung: Vertikale Landwirtschaft erfordert zwar hohe Investitionen, kann dann aber durch hohe Automatisierung sehr günstig und umweltfreundlich Lebensmittel erzeugen. Durch den Anbau auf mehreren Stockwerken können Fläche, Wasser und Dünger bei praktisch völligem Verzicht auf Pflanzenschutzmittel deutlich effizienter genutzt werden.

BEST PRACTICE

In den **Niederlanden** werden in vertikalen Farmen bereits hochwertige pflanzliche Lebensmittel erzeugt. Durch den minimalen Ressourceneinsatz sind die Lebensmittel nicht nur sehr klimafreundlich, sondern teilweise auch konkurrenzlos preiswert.

Volt schafft Planungssicherheit bei Investitionen in Solarparks (Agri-Photovoltaik und Agroforstwirtschaft).

Konkret: Durch Investitionskostenzuschüsse, langfristig günstige Kredite und Rückkaufgarantien wollen wir Investitionen in den Auf- und Umbau der entsprechenden Landflächen fördern und Planungssicherheit bieten.

Begründung: Die Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen als Agro-Forst (Kombination mit Bäumen) oder als Agri-PV (Kombination mit Solarenergie) kann in einigen Fällen (z.B. bei Weideflächen) eine sinnvolle Maßnahme sein, da sich Synergieeffekte ergeben und die Fläche effizienter genutzt wird. Die laufende Forschung des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) trägt hier zur Entwicklung optimaler Anwendungsformen bei.

NEGATIVE EMISSIONEN & MOORE

Volt will die Wiedervernässung von Mooren deutlich vorantreiben.

Konkret: Wir wollen die existierenden bayerischen Programme zum Schutz und zur Wiedervernässung von Mooren erheblich ausbauen, um die extremen klimaschädlichen Emissionen der trockengelegten Moore schnellstmöglich zu reduzieren.

Begründung: Mit ca. 200.000 Hektar Moorfläche ist Bayern ein Moorland. Neben ihrer essentiellen Bedeutung für den Artenschutz binden Moore auf nur drei Prozent der Landfläche doppelt so viel Kohlenstoff wie die gesamte

globale Waldfläche. Trockengelegt emittieren sie jedoch gewaltige Mengen an Treibhausgasen.

BEST PRACTICE

*Im Rahmen des **Klimaprogramms Bayern** (KLIP 2020) wird bereits erfolgreich in Moor-Renaturierung investiert. Aktuelle Auswertungen zeigen, dass dies mit Kosten von ca. 50 Cent pro eingesparter Tonne CO₂-Äquivalent in Bayern einer der kosteneffizientesten Hebel zur Vermeidung von Treibhausgas-Emissionen ist.*

Die Förderung von Paludikultur (Nassbewirtschaftung) soll künftig in Mooren die wirtschaftliche Nutzung mit dem Klimaschutz vereinen.

Konkret: Wo der Dialog oder der Erwerb von Grundstücken nicht fruchtet, weil wirtschaftliche Interessen in starker Konkurrenz zur Renaturierung von Mooren stehen, wollen wir Flächen umwidmen zur Bewirtschaftung als sogenannte Paludikultur. Dies stellt einen Kompromiss zwischen wirtschaftlicher Nutzung und Klimaschutz dar, den wir ermöglichen und fördern wollen.

Begründung: Vielfach werden trockengelegte Moore landwirtschaftlich genutzt. Diese spielen mit ca. 25% aller landwirtschaftlichen Treibhausgas-Emissionen in Bayern eine gewaltige Rolle beim Klimaschutz. Paludikultur ermöglicht bei hohen Wasserständen trotzdem eine wirtschaftliche Nutzung mit entsprechenden Nutzpflanzen bei gleichzeitig deutlich reduzierten Treibhausgas-Emissionen.

BEST PRACTICE

*In **Niedersachsen** wurden mit Unterstützung durch Fördermittel ca. 1.680 Hektar als Grünland unter Nutzungsaufgaben und entsprechend reduzierten Preisen an landwirtschaftliche Betriebe verpachtet.*

4 DIGITALISIERUNG

Was sind die aktuellen Probleme?

Meta, Google, Amazon, TikTok, Twitter, ChatGPT – unser Alltag wird von den großen Tech-Giganten unserer Zeit bestimmt und abgespeichert²¹, ohne dass wir wirklich Einblicke und Kontrolle über unsere Daten haben – damit bilden sie auch die Grundlage zur Verbreitung von Falschinformationen und der Untergrabung unserer Demokratie.²² Währenddessen ist einigen Menschen in Bayern der Zugriff auf die positiven Seiten der Digitalisierung, wie Home-Office oder reichhaltige Informationsangebote, aufgrund eines mangelhaften Netzausbaus gar nicht möglich.²³ Die öffentlichen Ämter arbeiten zudem noch immer – entgegen des Onlinezugangsgesetzes (OZG)²⁴ – bevorzugt mit Formularen, die persönlich, per Fax oder über die Post einzureichen sind²⁵, was gerade Menschen mit körperlichen Einschränkungen benachteiligt.

Welche Lösungen bietet der europäische Blick?

In der Digitalisierung ist Estland zum Musterland geworden, indem es z.B. auf Behördengänge und sogar Wahlen über unabhängige Open-Source-Software mit nachvollziehbaren Quellcodes, eine frühzeitige Medienbildung und die Förderung frischer, lokaler IT-Unternehmen setzt.²⁶ Bei der Netzabdeckung (Norwegen, 99%²⁷) für Haushalte und schnellem Internet für Unternehmen (Dänemark, 97%²⁸) sind die skandinavischen Länder inzwischen in der weltweiten Spitzenklasse angekommen.

Wie sieht unsere vereinende Vision bei diesem Thema aus?

Um endlich unabhängig von Unternehmen in den USA und China zu werden und gleichzeitig unsere Verwaltung zu beschleunigen, müssen wir die Datenschutz-Gesetze verschärfen und eigene europäische Alternativen aufbauen – auch in Bayern, wo durch die diversen Hochschulen ein riesiges Potenzial

21 <https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/facebook-google-geschaeftsmodell-ueberwachung-daten>

22 <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/stopfakeneuws/246807/den-durchblick-behalten-so-lassen-sich-fake-news-enttarnen/>

23 <https://gigabitgrundbuch.bund.de/GIGA/DE/MobilfunkMonitoring/Vollbild/start.html>

24 <https://www.stmd.bayern.de/themen/digitale-verwaltung/onlinezugangsgesetz/>

25 <https://www.stmd.bayern.de/themen/digitale-verwaltung/dashboard-digitale-verwaltung/>

26 <https://www.businessinsider.de/tech/wie-estland-zum-wohl-digitalsten-staat-der-welt-wurde-2018-6/>

27 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153268/umfrage/anteil-der-haushalte-mit-internetzugang-in-europa/>

28 <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Wissenschaft/Technologie-digitale-Gesellschaft/SchnellesInternet.html>

4 DIGITALISIERUNG

besteht. Zudem müssen wir uns gegen zunehmende Cyberangriffe schützen, indem wir eigene Fachkompetenz, beispielsweise im Aufspüren von Sicherheitslücken durch gutwilliges Hacking, stark fördern und Expertise aus der Zivilgesellschaft nutzen. Besonders wichtig ist Volt dabei die Transparenz aller Abläufe, damit wir den historisch erkämpften Anspruch auf Privatsphäre und Demokratie in Europa bewahren. Nur vereint werden wir sicher digital.

DIGITALE VERWALTUNG & OPEN SOURCE

Volt will die digitale Kommunikation zwischen Behörden untereinander sowie zwischen Behörden und Bevölkerung stärken.

Konkret: Alle Behörden sollen über offengelegte Schnittstellen zum Datenaustausch untereinander verfügen, sodass dieser technisch nachvollziehbar mit vollem Schutz der Privatsphäre unter Einhaltung datenschutzrechtlicher Richtlinien und zeitgemäßer Sicherheitsstandards erfolgen kann.

Begründung: Durch die Verwendung digitaler Datenverarbeitung kann auf veraltete Kommunikationsmittel (wie z.B. Fax) verzichtet werden, sodass Verwaltungsvorgänge für alle Beteiligten schneller und einfacher werden. Neben der technischen Ausstattung müssen auch Verwaltungsabläufe und verwaltungsrechtliche Vorgaben auf die Höhe der Zeit gehoben werden. Dokumentierte Schnittstellen erlauben nicht nur die Kommunikation von Behörden untereinander, sondern auch die Kommunikation von externen Anwendungen mit den Behörden.

BEST PRACTICE

*Behörden und Verwaltungsprozesse werden auf individuell digitalen Schnittstellen abgebildet – wie es im **Bankenwesen**, in der **freien Wirtschaft**, aber auch mit der **ELSTER-Schnittstelle** des Finanzamtes bereits praktiziert wird.*

Volt fordert die Ausstattung des Staatsministeriums für Digitales mit ausreichenden Geldmitteln.

Konkret: Behörden und Staatsorganisationen benötigen Hilfe bei der Digitalisierung. Diese können die Herausforderungen oft alleine nicht bewerkstelligen. Das Staatsministerium für Digitales soll die benötigte Hilfestellung bieten. Des

4 DIGITALISIERUNG

Weiteren soll das Ministerium den Aufbau von Bürgerplattformen (digitale Kommunikation zwischen Bevölkerung und Behörden) fördern und anleiten.

Begründung: Wir möchten, dass das Staatsministerium Behörden und Organisationen in Fragen der Digitalisierung entlastet und berät, um dabei redundante Entwicklungen und Fehler zu vermeiden. Dabei soll das Ministerium mit Sachkenntnis und Ressourcen als Dienstleister zur Verfügung stehen. Ferner kann es als unabhängige dritte Organisation zwischen zwei oder mehreren Behörden in Digitalisierungsfragen vermitteln.

Freie Open-Source-Software (FLOSS) soll in der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt werden.

Konkret: Bei der Beschaffung von Software für öffentliche Belange sollen Ausschreibungsverfahren so gestaltet werden, dass FLOSS-Lösungen berücksichtigt werden. Angebote werden nach den Gesamtkosten des Betriebs (TCO) verglichen. Dazu werden die tatsächlich erwartete Laufzeit und die Kosten für den Wechsel des Anbieters oder der verwendeten Lösung ins Verhältnis gesetzt. Bei gleichwertigen Angeboten soll FLOSS bevorzugt werden. Personen, die aus öffentlichen Geldern bezahlt werden, sollen rechtlich abgesichert als Teil ihrer Arbeit zu FLOSS beitragen können.

Begründung: Nach der Zielsetzung „public money, public code“ sollen öffentliche Gelder für transparente IT-Lösungen eingesetzt, digitale Souveränität sichergestellt und die digitale Wirtschaft gestärkt werden.

BEST PRACTICE

*Das 2012 in **Frankreich** verabschiedete Gesetz Circulaire 5608 sieht unter anderem vor, dass FLOSS in allen Ausschreibungen berücksichtigt wird. Dies führte innerhalb des Landes zu einer höheren Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit (jährliche Steigerung der IT-Startups um 9% bis 18%, jährliche Steigerung der Angestellten in IT-Berufen um 6,6% bis 14%).*

Volt will eine Open-Data-Strategie für Bayern.

Konkret: Das Land soll eine Open-Data-Strategie im Sinne des Informationsfreiheitsgesetzes durchsetzen, welche im Einklang mit der Strategie des Bundes steht.

Begründung: Durch die Open-Data-Strategie werden Daten, die keiner Geheimhaltungsstufe unterliegen und keine persönlichen Daten enthalten, welche von

4 DIGITALISIERUNG

Landesbehörden im Zuge ihrer Aufgaben gesammelt werden, der Bevölkerung, der Wissenschaft und der Wirtschaft zugänglich gemacht. Es werden ernsthafte Anstrengungen unternommen, diese Daten teilweise oder vollständig in maschinenlesbarer Form zur Verfügung zu stellen. Dies ermöglicht es, Plattformen wie „fragdenstaat.de“ einfacher umzusetzen und auszubauen sowie Unternehmen und private Projekte mit öffentlichen Daten zu versorgen. Dies sorgt für Transparenz und bringt zugleich die Digitalisierung voran.

BEST PRACTICE

*Das gemeinnützige Projekt „**fragdenstaat.de**“ macht es möglich, Daten von Behörden über das Stellen einer Anfrage zu bekommen. Schon jetzt kann man beispielsweise Vermessungsinformationen digital abzufragen.*

Wir wollen den verantwortungsbewussten Umgang mit Hacking aktiv fördern.

Konkret: Volt unterstützt die Entwicklung von breiter Kompetenz und den Aufbau einer Community, die verantwortungsvolles Hacking betreibt (z.B. mit „Bug-Bounties“, also der Prämierung gemeldeter Fehler in Anwendungen und IT-Diensten durch die Betreibenden). Die dafür benötigten Tools sollten daher im Privat-, Lehr- und Laborbereich gestattet sein. Davon zu unterscheiden ist nicht-verantwortungsvolles Hacking zum Schaden anderer und zur eigenen Bereicherung. Letzteres lehnen wir ab und bekämpfen wir auf diesem Wege.

Begründung: Die nötigen Fähigkeiten, um in Fremdsysteme eindringen zu können, sind zur Verfolgung krimineller Organisationen und der allgemeinen Wehrfähigkeit des Staates in unserer digitalen Welt unverzichtbar. Die Entwicklung dieser Kompetenz ist daher unter abgesteckten Rahmenbedingungen zu fördern.

BEST PRACTICE

*Die 2023 in Kraft getretene „**Network and Information Security Directive (NIS2-Richtlinie)**“ der EU enthält rechtliche Maßnahmen für eine koordinierte Cyberabwehr der europäischen Staaten. Darunter fällt die Pflicht, sogenannte „Computer Security Incident Response Teams“ (CSIRT) einzurichten, in denen unter anderem durch Hacking gefährliche Schwachstellen ausfindig gemacht werden.*

Volt fordert flächendeckendes und schnelles Internet für alle.

Konkret: Wir wollen den Netzausbau voranbringen, indem gesetzgeberische, administrative und personelle Beschleunigungspotenziale vollständig ausgeschöpft werden. Unter anderem müssen „Fast-Track“-Genehmigungsverfahren und vorzeitige Baustarts ermöglicht, digitale Beteiligungsformate in Anlehnung an das während der Pandemie erlassene Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG) ausgeweitet und personelle Engpässe in Verwaltungsgerichten sowie zuständigen Landesbehörden geschlossen werden. Bis spätestens 2027 wollen wir Bayern flächendeckend mit Gigabit-Anschlüssen sowie zeitgemäßer Mobilfunktechnik (z.B. 5G) versorgen. Langfristig soll der Internetanschluss (wie z.B. das Elektrizitätsnetz) Teil der öffentlichen Grundversorgung werden.

Begründung: Ziel ist es, allen Menschen in Bayern bis spätestens 2027 eine angemessene Internetverbindung zu gewährleisten, sodass im Zuge der sich etablierenden Homeoffice-Arbeitsverhältnisse ländliche Regionen gleichermaßen profitieren können.

BÜRGERRECHTE

Volt spricht sich klar gegen Massenüberwachungstools aus.

Konkret: Bayern muss sich auf der Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass potenzielle Massenüberwachungstools – wie der Bundestrojaner, Uploadfilter, Vorratsdatenspeicherung, Chatkontrolle oder ähnliche generische Überwachungsschnittstellen – nicht eingesetzt werden.

Begründung: Alle genannten Maßnahmen erlauben es nur, gewöhnliche IT-Systeme zu erfassen. Von Kriminellen speziell geschützte Systeme können mit diesen Maßnahmen nicht erfasst werden. Das Herabsetzen von Kryptographie ist kein Ausweg, da sonst (kritische) private und öffentliche Infrastruktur bzw. Daten deutlich einfacher durch Kriminelle oder feindliche Staaten manipulierbar oder zerstörbar sind.

Volt steht für die konsequente Verfolgung von Verbrechen im digitalen Raum.

Konkret: Dienste wie das Landeskriminalamt und die Polizeipräsidien müssen mit entsprechend geschultem Personal und Finanzmitteln ausgestattet sein.

Neben qualifizierten Polizeivollzugsbeamten sind hier auch externe Fachleute zu gewinnen und auszubilden. Dabei ist es nötig, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, um im Wettbewerb um Fachkräfte attraktiv zu werden.

Begründung: Qualifiziertes Fachpersonal kann auch ohne Massenüberwachungstools Zugriff auf Systeme Krimineller bekommen, kann Multiplikatoren in der Fläche ausbilden, schneller und effektiver zur Ermittlung benötigte Fakten sammeln und verfügt durch Studium und Berufserfahrung über ein tiefgehendes Fachwissen.

Sogenannte „Lootboxen“ sollen unter Regularien des Glücksspiels gefasst werden.

Konkret: Volt setzt sich dafür ein, dass im Rahmen des Glücksspielstaatsvertrages der Länder „Lootboxen“ als Begriff aufgenommen werden und diese somit unter die Regularien des Glücksspiels fallen. Unter einer Lootbox ist dabei ein virtueller Behälter mit zufälligem Inhalt zu verstehen, der direkt oder über eine Zwischenwährung per Echtgeld erlangt werden kann.

Begründung: Lootboxen fallen aktuell unter die „glücksspielähnlichen Mechaniken“, womit sich die Bereitstellenden nicht an dieselben Regeln halten müssen wie Glücksspiel-Betreiber. Die Techniken haben sich dabei in Computerspielen immer weiter verschlimmert. Computerspiele sind ein Massenmedium, deswegen darf es über diese keinen Zugang zu unregulierten Glücksspiel-Praktiken geben.

BEST PRACTICE

*Entsprechende Regularionen bestehen bereits in **Belgien** und in den **Niederlanden**.*

5 MOBILITÄT

Was sind die aktuellen Probleme?

Rund 55,8% der bayerischen Bevölkerung leben in ländlichen Räumen²⁹ und sind somit bislang überwiegend auf das private Auto angewiesen. E-Autos stoßen zwar (sofern der Strom erneuerbar erzeugt wird) kaum klimaschädliche Gase aus, benötigen aber in der Herstellung Lithium und andere Rohstoffe, deren Abbau unter riskanten Bedingungen stattfindet, und wiegen zudem wegen des Akkus im Schnitt etwa zwei Tonnen.³⁰ Die für Umwelt sowie Infrastruktur schonenden Alternativen – Bus, Bahn und Fahrrad – sind in den letzten Jahrzehnten wegrationalisiert und vernachlässigt worden.³¹

Welche Lösungen bietet der europäische Blick?

In Kopenhagen, wo fast die Hälfte der Bevölkerung dank eines etwa 400 Kilometer langen Netzes von breiten Radwegen mit sicheren Kreuzungen³² alltägliche Strecken auf dem Fahrrad zurücklegt, wird trotz Investitionen von rund 11 Milliarden Euro jährlich unterm Strich viel Steuergeld gespart.³³ Mit ähnlich gerichteten Maßnahmen und einem Tempolimit ist das Ziel von null Verkehrstoten im Jahr 2019 im finnischen Helsinki bereits erreicht worden.³⁴ Vom kostenlosen ÖPNV wie in Luxemburg³⁵ sind wir noch entfernt, doch zeigt die Zusammenarbeit zwischen Freiburg und dem französischen Colmar, wie alte Bahnstrecken sogar über Grenzen hinweg reaktiviert werden könnten.³⁶

Wie sieht unsere vereinende Vision bei diesem Thema aus?

Volt beseitigt den Tarif-Dschungel in Bayern, setzt sich für ein einheitliches Deutschlandticket für 29 Euro pro Monat ein und lässt stillgelegte Bahnstrecken³⁷ durch weniger strenge Kriterien in ganzheitlichen Verkehrskonzepten

29 [https://www.stmwi.bayern.de/landesentwicklung/raumb Beobachtung/daten-zur-raumb Beobachtung/kennzahlen-zur-raumstruktur/#::-text=Die%20bayerische%20Bev%3%B6lkerung%20lebt%20am,%2C4%25%20\(VR\).](https://www.stmwi.bayern.de/landesentwicklung/raumb Beobachtung/daten-zur-raumb Beobachtung/kennzahlen-zur-raumstruktur/#::-text=Die%20bayerische%20Bev%3%B6lkerung%20lebt%20am,%2C4%25%20(VR).)

30 <https://www.geo.de/wissen/elektroautos--woher-kommen-die-rohstoffe--31564220.html#:~:text=Der%20Gro%C3%9Fteil%20des%20Lithiums%20kommt,Indonesien%2C%20Russland%20und%20den%20Philippinen.>

31 https://www.youtube.com/watch?v=7_pz15g3Fk

32 https://www.youtube.com/watch?v=ZFA6c_LG4GM

33 <https://www.deutschlandfunkkultur.de/fahrrad-rad-verkehr-stadtplanung-kopenhagen-100.html>

34 <https://www.ndr.de/nachrichten/info/keine-Verkehrstoten-Was-Helsinki-richtig-macht,visionzero110.html>

35 <https://www.deutschlandfunk.de/kostenloser-oepnv-in-luxemburg-null-euro-reichen-nicht-aus-100.html>

36 <https://www.swr.de/swr/aktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/bahnprojekt-freiburg-colmar-100.html>

37 <https://www.vdv.de/reaktivierung-bahnstrecken.aspx>

5 MOBILITÄT

aufleben.³⁸ Als Beteiligte am „Radentscheid Bayern“³⁹ stehen wir für sichere, durchgehende Radwege im gesamten Freistaat und sehen eine wichtige Ergänzung darin, Fahrradstellplätze statt eines Auto-Parkplatzes pro Wohnung im Landesrecht zu verankern. So machen wir Bayern ohne weitreichende Verbote fit und mobil und verbinden die diversen Kulturen in Europa.

SCHIENENVERKEHR

Wir fordern das schnelle Vollenden des Brenner-Basis-Tunnels.

Konkret: Die Umsetzung des Brennernordzulaufs, als bayerisch-deutscher Anteil des europäischen Projekts, soll politisch mit höchster Priorität vorangetrieben werden. Um die Planungsverfahren möglichst schnell abzuschließen und mit der Bauphase zu beginnen, müssen die Bemühungen, die Bevölkerung für dieses Projekt zu gewinnen, weiter ausgedehnt werden, damit rechtliche Auseinandersetzungen und weitere Verzögerungen vermieden werden können. Volt will zudem Behördenpersonal gebündelt einsetzen (wie z.B. bei der Umsetzung von LNG-Terminals 2022), um dieses und ggf. weitere transnationale Schienenprojekte zu forcieren.

Begründung: In diesem transnationalen Projekt hinkt die bayerische Seite deutlich hinterher. Die Verbindung zwischen München und Kiefersfelden ist ein essentieller Bestandteil eines europaweiten und damit attraktiven Fernreise- und Güterzug-Systems, welches ohne den PKW-getriebenen Individualverkehr auskommt.

BEST PRACTICE

*Der **dänischen Seite** ist es beim im Bau befindlichen Fehmarnbelt-Tunnel gelungen, die Bevölkerung zu Beginn des Planfeststellungsverfahrens einzubinden, damit Klagen nicht erst zum Planfeststellungsbeschluss eingehen, sondern vorzeitig Differenzen aus dem Weg geräumt wurden.*

Volt will die vollständige Elektrifizierung des Schienennetzes.

Konkret: Um die Elektrifizierung des Schienennetzes in Bayern voranzutreiben, soll sich das Land finanziell an der Ausbildung und Anwerbung von Fachkräften

38 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/schienennetz-verkehr-bahn-verbaende-101.html>

39 <https://radentscheid-bayern.de/ziele>

5 MOBILITÄT

beteiligen. Zudem sollen kosten- und energiesparende Lösungen, wie beispielsweise Oberleitungsinseln, mit Unterstützung des Freistaats vermehrt zum Einsatz kommen.

Begründung: Die Elektrifizierung des Schienennetzes stockt aus unserer Sicht aufgrund mangelnder Fachkräfte und fehlender Wirtschaftlichkeit. Dabei ist sie ein wichtiger Beitrag zur klimaneutralen Gestaltung des Mobilitätssektors. Sogenannte Oberleitungsinseln laden die Batterien von E-Lokomotiven punktuell auf, sodass diese dann bis zu 80 Kilometer ohne Stromleitungen fahren können.

BEST PRACTICE

*Ende 2022 hat die Deutsche Bahn in **Schleswig-Holstein** mit dem Bau der ersten über Oberleitungsinseln betriebenen Zugstrecke begonnen. Erwartet wird eine jährliche Einsparung von etwa 10 Millionen Litern Dieseldieselkraftstoff.*

Wir befürworten die Reaktivierung bestehender Infrastruktur.

Konkret: Wir wollen, dass sämtliche seit 1990 stillgelegten Strecken durch das Land Bayern neu bewertet und sofort wieder in Betrieb genommen werden, sofern sie sich für die anliegenden Kommunen nach eigenen Modellrechnungen binnen 25 Jahren wirtschaftlich, demografisch und in Hinblick auf Umwelt- und Klimaschutz rentieren würden. Die Zahl von mindestens 1000 Fahrgästen täglich darf kein pauschaler Verhinderungsgrund mehr sein.

Begründung: Der Anschluss ländlicher Regionen an das Schienennetz und dessen flächendeckender Ausbau ermöglichen es, dass mehr Menschen vom Auto auf die Schiene umsteigen. Dies ist ein wichtiger Schritt zu einer modernen und klimaneutralen Mobilität, bei der das Zusammenspiel aus Bus- und Bahnverbindungen ein funktionierendes Gesamtkonzept bilden muss. Die Anbindung an die Schiene ist zudem ein erheblicher Wirtschaftsfaktor, da sie die Güter- und Arbeits-, aber auch die kulturelle, artistische und touristische Mobilität erleichtert.

STRASSENVERKEHR

Wir fordern den Ausbau der Verkehrskontrollsysteme.

Konkret: Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in Bayern braucht es deutlich mehr Radarkontrollen. Bußgeldeinnahmen sollen für Investitionen in den ÖPNV verwendet werden.

Begründung: Allein im Juni 2022 starben auf bayerischen Straßen 60 Menschen. Eine größere Zahl an Blitzern/Radarkontrollen soll Schicksale dieser Art in Zukunft verhindern und zugleich die finanziellen Mittel für den Ausbau sicherer öffentlicher Verkehrsmittel aufstocken.

BEST PRACTICE

Augsburg hat im Jahr 2022 1,8 Millionen Euro durch Radarkontrollen eingenommen. Bereits 2019 kam die Stadt so zu einem Plus von rund 650.000 Euro, wodurch ein kostenloser ÖPNV in der City-Zone finanziert werden konnte.

Volt will die Reduzierung von PKW-Parkflächen prüfen und mehr Fahrrad-Stellflächen schaffen.

Konkret: Statt des Prinzips „eine Wohnung – ein PKW-Stellplatz“ soll künftig das Prinzip „eine Wohnung – ein Baum sowie ausreichend komfortable und sichere Rad-Stellplätze“ gelten.

Begründung: Die Bayerische Garagen- und Stellplatzverordnung (GaStellV) besagt in Zusammenhang mit Artikel 47 der Bayerischen Bauordnung (BayBO), dass pro Wohnung ein Stellplatz bereitgestellt werden muss. Vor dem Hintergrund zunehmender Flächenversiegelung sowie steigender Temperaturen ist diese Vorgabe nicht mehr zeitgemäß. Volt möchte, dass Flächen effektiv und nachhaltig genutzt werden. Mehr Bäume, besonders in Städten, dienen der Bindung von CO₂ und schützen vor Hitze, während die komfortablen und sicheren Radstellplätze den Radverkehr attraktiver machen und die Verkehrswende vorantreiben.

BEST PRACTICE

Amsterdam ist schon lange ein Anlaufpunkt für Fahrradfahrende. 2019 hat die Metropole beschlossen, bis zum Jahr 2025 vorherige Autostellplätze – 11.200 an der Zahl – durch Radwege, breitere Gehwege und Grünflächen für eine gesündere Atmosphäre in der Stadt zu ersetzen.

Volt fordert ein Standardtempolimit auf allen Straßen – mindestens auf dem Niveau des europäischen Durchschnitts.

Konkret: Das Standardtempolimit soll in Dörfern und Städten auf 30 km/h gesenkt werden. Auf bayerischen Autobahnen soll eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h gelten.

Begründung: Ein solches Tempolimit reduziert die klimaschädlichen Emissionen und die Zahl von Unfällen und Verkehrstoten. Wir von Volt wollen beide Zahlen möglichst auf Null senken.

BEST PRACTICE

Die **finnische Hauptstadt Helsinki** hat mit klaren Fahrbahnen und einem strengen Tempolimit schon vor Jahren das Ziel der „Vision Zero“ ausgegeben. 2019 war es so weit: In 365 Tagen starb kein einziger Mensch zu Fuß oder Rad im Straßenverkehr. In den **meisten Ländern der EU** liegt die Höchstgeschwindigkeit für Autobahnen bei 130 km/h und bereits 2021 sprach sich nur ein Drittel der Bevölkerung dagegen aus.

Die Gesetzesinitiative des „Radentscheids Bayern“ muss sofort umgesetzt werden.

Konkret: Das übergreifende Bündnis aus Organisationen der Zivilbevölkerung und mehreren Parteien – wie auch Volt – hat 2022 einen Gesetzesentwurf erarbeitet, der zur Transformation des Mobilitätssektors beiträgt.

Begründung: Die Staatsregierung hat 2017 versprochen, den bayernweiten Radverkehrsanteil bis 2025 von 10 auf 20% zu verdoppeln. Bis jetzt ist der Radverkehrsanteil aber nur um circa einen Prozentpunkt auf 11 % gestiegen. Das ist auch kein Wunder: Radwege, Abstellanlagen und Radmitnahmemöglichkeiten fehlen oder sind häufig so dürftig und unsicher, dass sie nicht zum Radfahren einladen.

BEST PRACTICE

Seit den **1970er Jahren** wird der öffentliche Verkehrsraum in Amsterdam konsequent umstrukturiert, sodass bereits 2015 rund 38% der Wege in der Stadt mit dem Fahrrad zurückgelegt wurden.

NAHVERKEHR UND VERBÜNDE

Wir fordern ein Deutschlandticket für 29 Euro.

Konkret: Volt will, dass sich Bayern für ein günstiges, sozial gerechteres, bundesweit gültiges Nahverkehrsticket einsetzt, das 29 Euro statt 49 Euro kostet.

Begründung: Das zum 1. Januar 2023 eingeführte Bürgergeld sah für den Bereich Mobilität nur 45,02 Euro vor – was also nicht für ein 49-Euro-Monatsticket reichte. Verwandte und befreundete Menschen zu besuchen, ist aus unserer Sicht ein grundlegendes humanes Bedürfnis und muss daher so erschwinglich wie möglich sein. Wir sehen hierin auch Chancen für ein lebendiges lokales Gewerbe.

BEST PRACTICE

*Der ÖPNV ist in **Luxemburg** seit Februar 2020 in der 2. Klasse landesweit kostenlos. Das lockt auch Kulturinteressierte und Fachkräfte ins Land. Greenpeace hat ermittelt, dass sich für den deutschen Staat auch ein Betrag von 29 Euro rechnet.*

Volt strebt einen einheitlichen Verkehrsverbund für den gesamten Freistaat Bayern an.

Konkret: Es soll einen einzigen bayerischen ÖPNV-Verbund geben. Kommunale Betriebe und private Unternehmen werden leistungsabhängig an den Einnahmen beteiligt.

Begründung: Der aktuelle Flickenteppich im bayerischen Nahverkehr ist nur auf lange Sicht zu überwinden. Darum schlagen wir als ersten Schritt eine Lösung vor, welche die Interessen der Investierenden in das Bahnangebot mit denen der Nutzenden vereint. Neben einer effizienteren und kostengünstigeren Verwaltung profitieren die Reisenden dabei von gleichen Preisen und stark vereinfachten Übergängen.

6 TRANSPARENZ & BETEILIGUNG

Was sind die aktuellen Probleme?

Wer heute in Bayern lebt, hatte bisher nur die Wahl zwischen zerstrittenen Ideologien und in vielen Fällen nicht die Möglichkeit, den eigenen Anliegen tatsächlich Gehör zu verschaffen. Beteiligungsformate sind oft ohne Verbindlichkeit, unterliegen hohen Hürden und werden kaum ernst genommen. Außerdem sehen wir, wie das Vertrauen in die politisch Verantwortlichen immer wieder durch Fälle von Machtmissbrauch, Korruption und Vetternwirtschaft erschüttert wird.^{40 41} Wir wollen eine neue Vertretung der gesamten Bevölkerung, die diesem Zustand mit greifbaren Veränderungen entgegentritt.

Welche Lösungen bietet der europäische Blick?

In Italien ist, um Korruption vorzubeugen, jährlich die private Steuererklärung jeder gewählten Person für die Dauer der Amtszeit öffentlich zugänglich.⁴² Dieses transparente Modell ergänzt Volt durch eine stärkere Beteiligung nach den Vorbildern Österreichs, wo seit 2007 die Wahl in politische Ämter ab 16 Jahren möglich ist⁴³, und Polens, wo die Einwohnerschaft zahlreicher Großstädte (z.B. Wrocław/Breslau⁴⁴) direkt ein bestimmtes Budget nach ihren mehrheitlichen Wünschen einsetzen darf.

Wie sieht unsere vereinende Vision bei diesem Thema aus?

Volt lebt Transparenz und Beteiligung vor, indem wir jeder Person ermöglichen, ohne Umschweife Verantwortung zu übernehmen und die Stimme einer grenzübergreifenden Politik zu sein, die nah an den Menschen vor Ort ist. Wir fordern deshalb mehr Vielfalt und mehr Wahlfreiheit durch eine Absenkung der 5%-Hürde auf 3% sowie die Einführung der Ersatzstimme: Erhält die befürwortete Partei nicht genügend Stimmen, bekommt die zweite persönliche Vorliebe das Votum.⁴⁵ Mit ausgleichenden Vorschlägen wie diesem machen wir die Demokratie in ganz Europa fit für ein neues Verständnis von Politik.

40 <https://www.youtube.com/watch?v=3Ya7pEDndgE>

41 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/stellen-ministerien-abteilungsleiter-ausschreibung-100.html>

42 <https://www.bundestag.de/resource/blob/412426/cd2c42611df87fdb0c7d131de1db6377/wd-3-212-08-pdf-data.pdf>

43 <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/jugend/beteiligung-und-engagement/waehlen-mit-16.html>

44 <https://www.wroclaw.pl/rozmawia/wroclawski-budzet-obywatelski>

45 <https://www.voltdeutschland.org/ersatzstimme>

WAHLEN

Wir wollen die Absenkung des Mindestalters zum Wahlrecht.

Konkret: Für Landtags- und Bezirkswahlen fordern wir eine Absenkung des aktiven und passiven Wahlrechts auf 16 Jahre. Für kommunale Wahlen plädieren wir für eine Absenkung auf 14 Jahre.

Begründung: Junge Menschen werden früher an die Möglichkeit der Partizipation durch Wahlen und damit an ein zentrales Merkmal unserer repräsentativen Demokratie herangeführt. Dieser Aspekt lässt sich im Schulunterricht etwa mittels der angestrebten Handlungskompetenz, Schulpflichtige für diese demokratische Partizipationsmöglichkeit zu begeistern, aufgreifen.

BEST PRACTICE

In Österreich ist es bereits seit 2007 erlaubt, an allen Wahlen – vom Kommunalrat bis zum Europaparlament – ab einem Mindestalter von 16 Jahren aktiv teilzunehmen. Zudem haben bis jetzt fünf deutsche Bundesländer das Alter für die Landtagswahlen auf 16 Jahre herabgesetzt, bei den kommunalen Wahlen sind es sogar zwölf Bundesländer.

Volt fordert die Einführung einer Ersatzstimme und die Absenkung der Sperrklausel auf drei Prozent.

Konkret: Die Sperrklausel für Landtagswahlen soll auf 3% abgesenkt werden. Darüber hinaus soll eine Ersatz-Zweitstimme eingeführt werden.

Begründung: Bei jeder Landtags-, Bundestags- und Europawahl verfallen Millionen Stimmen, weil Menschen sich für Parteien entscheiden, die die in der Sperrklausel vorgeschriebene „Fünf-Prozent-Hürde“ nicht erreichen. Volt verfolgt das Ziel, dieses Problem durch die Absenkung dieser Hürde auf drei Prozent und die Einführung einer Ersatz-Zweitstimme zu lösen. Diese Ersatzstimme ermöglicht es Kleinparteien wählenden Personen, eine zweite Stimme abzugeben, die gezählt wird, wenn die erste Wahl an der Sperrklausel scheitert. Dies verringert nicht nur die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate in den Parlamenten, sondern ermöglicht auch eine bessere Beteiligung aller Menschen an der parlamentarischen Demokratie.

Wir wollen das EU-Wahlrecht ausweiten.

Konkret: Personen mit EU-Staatsbürgerschaft, die ihren Hauptwohnsitz seit mindestens 3 Jahren in Deutschland haben, sollen bei Landtagswahlen (und Bundestagswahlen) ein aktives und passives Wahlrecht bekommen. Für Menschen aus Drittstaaten ohne deutsche Staatsbürgerschaft soll die Teilnahme an Wahlen auf kommunaler Ebene erleichtert werden. Die Bayerische Verfassung soll dahingehend geändert werden und wir setzen uns auf Bundesebene für eine Grundgesetzänderung ein.

Begründung: Aktuell dürfen 11,4 Mio. Volljährige, die dauerhaft in Deutschland leben (davon 5 Mio. mit EU-Staatsbürgerschaft), weder wählen noch gewählt werden. Sie sind allerdings von politischen Entscheidungen genauso betroffen wie andere Menschen auch.

BEST PRACTICE

*In der Landesverfassung von **Brandenburg** ist festgehalten, dass in Deutschland wohnende Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft das Wahlrecht gewährt werden muss, „sobald und soweit das Grundgesetz dies zulässt“.*

POLITISCHE AMTSAUSÜBUNG

Die Angaben von Abgeordneten in Lobbyregistern müssen unabhängig auf ihre Richtigkeit geprüft werden.

Konkret: Wirkliche Transparenz braucht eine eigene Agentur im Parlament, die in der Lage ist, alle Abgeordneten standesgemäß zu kontrollieren und etwaige Ungereimtheiten in der Berichterstattung durch Unternehmen und Abgeordnete aufzudecken. Wir wollen keine Ausnahmen im Lobbyregister zulassen.

Begründung: Das Bayerische Lobbyregister und die Reform des bayerischen Abgeordnetengesetzes als Reaktion auf die Affären um Sauter, Nüßlein und Tandler sind gute erste Schritte in Richtung Transparenz in Bayern. Was allerdings fehlt, ist eine unabhängige Instanz zur Kontrolle der Richtigkeit der Angaben – diese wird aktuell von der Landtagsdirektion mit nur zwei Mitarbeitern übernommen.

Volt will eine Arbeitsplatzgarantie nach der politischen Amtszeit.

Konkret: Arbeitgebende müssen gewählten Mandatstragenden für eine Amtsperiode eine Arbeitsplatzsicherung zum Wiedereinstieg nach der Amtsperiode gewähren.

Begründung: Die Hürde zur Ergreifung eines Mandats soll für Personen gesenkt werden, die in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt sind und auf eine langfristige monetäre Absicherung aufgrund von Familie oder anderen Umständen angewiesen sind.

Volt will die Offenlegung der privaten Steuererklärung von Abgeordneten während der Amtszeit zur Pflicht machen.

Konkret: Während der Mandatszeit müssen Abgeordnete eine private Steuererklärung erstellen und offenlegen.

Begründung: Ziel ist die Kontrolle von Nebeneinkünften. Durch die Offenlegung der privaten finanziellen Situation können Medien und Wählende diese Tätigkeiten bewerten.

BETEILIGUNG AN PROZESSEN

Volt fordert den Online-Zugang zu allen Sitzungen gewählter politischer Gremien in Bayern.

Konkret: Die stimmberechtigte Anwesenheitsfähigkeit von Abgeordneten via Online-Tools muss gewährleistet werden. Darüber hinaus muss der Bevölkerung eine digitale Teilnahme an öffentlichen Sitzungen ermöglicht werden.

Begründung: Die Online-Teilnahme an Sitzungen erlaubt Abgeordneten die bessere Vereinbarung von Familie, Beruf und Mandat und ermöglicht somit neuen Bevölkerungsgruppen die Wahrnehmung von Mandaten und macht das parlamentarische System krisenfester, wie die Corona-Pandemie gezeigt hat. Durch Online-Übertragung von Sitzungen ist außerdem direkte und unmittelbare Kontrolle der Debatten möglich

BEST PRACTICE

Seit Januar 2021 werden in **Bamberg** als Beispiel einiger deutscher Kommunen die Stadtratssitzungen in hybrider Form erfolgreich abgehalten und übertragen.

Volt fordert die Einführung von Bevölkerungsbudgets auf der Kommunal- und Landesebene.

Konkret: Wir fordern die Einführung von Budgets, bei denen ein Teil des Kommunal- beziehungsweise Landeshaushalts für Projekte zur Verfügung gestellt wird, bei denen die Bevölkerung im Vorfeld Vorschläge einbringen und dann darüber abstimmen kann, welche umgesetzt werden sollen.

Begründung: Die Menschen vor Ort wissen am besten, was sie lokal brauchen und umsetzen wollen. Bevölkerungsbudgets sind ein starkes Werkzeug, um mehr politische Ermächtigung und Beteiligung auch außerhalb von Wahlen zu erreichen.

BEST PRACTICE

*In einigen Städten in **Polen** wurden solche Budgets von der Bevölkerung so gut angenommen, dass das Konzept direkt von zahlreichen weiteren Städten übernommen wurde. Mittlerweile wurde es auch in einigen deutschen Städten bereits umgesetzt (z.B. in München durch Volt).*

Volt fordert die Schaffung einer unabhängigen Polizei-Beschwerdestelle.

Konkret: Wir wollen eine von der Polizei unabhängige Beschwerdestelle für alle Mitglieder der Zivilgesellschaft sowie der Polizei einführen. Sie soll eigenständige Ermittlungen durchführen können und über ihr Budget autonom entscheiden. Wir schlagen vor, die Stelle dem Ministerium der Justiz, statt dem Ministerium des Inneren, unterzuordnen.

Begründung: Durch eine unabhängige Ermittlung können wir sichergehen, dass Beschwerden nicht aufgrund persönlicher oder beruflicher Verflechtungen vernachlässigt werden. Die Polizei muss aus Fehlern in der Vergangenheit lernen und aktuelle Prozesse einer öffentlich transparenten und objektiven Prüfung unterziehen lassen.

BEST PRACTICE

*Vorbild ist die Polizei-Beschwerdekommision für **England und Wales** (IPCC), die unabhängig das behördliche Vorgehen beobachtet, gegebenenfalls eigene Ermittlungen veranlasst und Korrekturen initiiert.*

7 OFFENE GESELLSCHAFT

Was sind die aktuellen Probleme?

Die hoch anerkannte, zweijährlich veröffentlichte Autoritarismus-Studie (bekannt als „Mitte-Studie“) der Universität Leipzig zeigt, dass rund jede vierte Person in den alten Bundesländern Deutschlands Frauen, Muslime, Sinti und Roma als minderwertig ansieht.⁴⁶ Derselbe Hass schlägt Personen entgegen, die sich nicht zu einem Geschlecht bekennen oder sich anders fühlen, als sie bei der Geburt gesehen wurden.⁴⁷ Bayern wird zu einem Land, welches das Grundrecht zur Entfaltung der Persönlichkeit (GG Art. 2) nicht schützt.

Welche Lösungen bietet der europäische Blick?

Das belgische Recht beinhaltet seit vielen Jahren eine gesetzliche Quote für die Spitze von Wahllisten, was einen erheblichen Anstieg der Frauen im Parlament von 25% (1999) auf 41% (2014) zur Folge hatte.⁴⁸ Zum Vergleich: Der bayerische Landtag besteht momentan nur zu 27% aus Frauen. Ferner gilt in Schweden seit 1976, also fast 50 Jahren, dass ausländische Personen nach 3 Jahren mit Wohnsitz im Land an kommunalen Wahlen teilnehmen dürfen. Inzwischen ist das in über der Hälfte aller EU-Staaten ähnlich geregelt.⁴⁹

Wie sieht unsere vereinende Vision bei diesem Thema aus?

Ausgrenzung und Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Sexualität oder anderer Eigenschaften müssen wissenschaftlich erfasst, offen thematisiert und aktiv verhindert werden. Angehörige anderer Staaten sollen in Sicherheit mit vergleichbaren Rechten und Pflichten leben können. Eine zentrale Unterbringung in ANKER-Zentren ist ebenso schädlich⁵⁰ wie die Abschiebung von Kindern und Menschen in festen Arbeits- oder Ausbildungsverhältnissen. Aus Engpässen beim Wohnraum für Geflüchtete kommen wir wiederum nur heraus, wenn wir sie selbst zu Wort kommen lassen, ihren Zugang zu Arbeit erleichtern, ihre Qualifikation zu Fachkräften unterstützen und ihnen so ermöglichen, als Teil unserer Gemeinschaft auf eigenen Beinen zu stehen. Wir brauchen keine Spaltung, wir brauchen Zusammenarbeit für eine Gesellschaft ohne Furcht.

46 <https://www.uni-leipzig.de/newsdetail/artikel/neue-leipziger-autoritarismus-studie-erschienen-2022-11-09>

47 <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-queer-gewalt-straftaten-gruene-1.5763344>

48 <https://www.oecd.org/gender/quotas-gender-equality.htm>

49 <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurz dossiers/184440/wahlrecht-fuer-drittstaatsangehoerige/#node-content-title-1>

50 <https://academic.oup.com/jrs/article/34/4/3590/6449426?login=false>

DISKRIMINIERUNG ERNST NEHMEN

Bayern muss endlich strukturellen Rassismus anerkennen und bekämpfen.

Konkret: Die Gründung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle in Bayern. Dazu gehören Antidiskriminierungsbeauftragte in Schulen, Behörden und Polizei. Durch regelmäßige Kontrollen und Stichproben soll die Einhaltung und der Bedarf an Aufklärung ermittelt werden. Aufklärungsmaßnahmen sollen zugleich kooperativ und bindend sein. Beratungsangebote müssen jederzeit zur Verfügung stehen.

Begründung: Bayern hat ein erhebliches Rassismusproblem. Die Ausländerfeindlichkeit in Bayern ist die zweithöchste in der gesamten Bundesrepublik. Hinzu kommt der noch unbekannte Anteil an strukturellem Rassismus in der Polizei und in den staatlichen Behörden. Auch in den Schulen wird deutlich, dass Initiativen wie das Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ nicht ausreichen.

BEST PRACTICE

Anfang 2015 wurde in **Hessen** eine Antidiskriminierungsstelle im Ministerium für Soziales und Integration eingerichtet. Mit der Antidiskriminierungsstelle wurden Beratungs-, Aufklärungs- und Präventionsangebote eingeführt, um Diskriminierungen und Benachteiligungen zu verhindern.

In behördlichen Angelegenheiten soll diskriminierungssensible Sprache verwendet werden.

Konkret: Wir wollen die Einführung von rassistuskritischer und geschlechterinklusive Sprache in den Behörden und angeschlossenen Betrieben bei gleichzeitiger Vermeidung und Ächtung von rassistischer und geschlechterdiskriminierender Sprache.

Begründung: Sprache trägt zur Konstruktion und Verbreitung von Stereotypen bei (Beispielstudien: Maass/Arcuri 1996; Eagly/Sczesny 2019) und bietet damit einen Nährboden für Diskriminierung. Hierzu gehören Bezeichnungen, die für andere Bevölkerungsgruppen als beleidigend und herabwürdigend empfunden werden. Dennoch ist ihr Gebrauch in Bayern, auch im öffentlichen Raum, immer noch sehr verbreitet.

7 OFFENE GESELLSCHAFT

BEST PRACTICE

Schweden hat 2015 das geschlechtsneutrale Personalpronomen „hen“ eingeführt. Dies führte nachweislich (Tavits/Perez 2019) zu einer positiveren Einstellung gegenüber Frauen und LSBTI*. Auch die Annahme, dass geschlechtsneutrale Pronomen vermieden werden sollten, weil sie schwer zu verarbeiten sind, konnte wissenschaftlich widerlegt werden (Vergoossen/Pärnamets 2020). München, wo Volt mitregiert, hat 2021 als erste große deutsche Stadt die beleidigende Fremdbezeichnung von PoC offiziell als rassistisch anerkannt. In einem nächsten Schritt will der Stadtrat für dessen öffentliche Verwendung Geldstrafen einführen.

Volt fordert einen landesweiten Aktionsplan gegen Homophobie und Transfeindlichkeit.

Konkret: Die Erstellung eines Landesaktionsplans gekoppelt mit der Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle. Darunter fällt auch die Forderung nach wirkungsvollen Maßnahmen zur Bekämpfung von homosexuellen- und transfeindlicher Hasskriminalität und eine landesweite Förderung von Projekten, queeren Zentren und Initiativen der LSBTI*-Selbsthilfe Bayern.

Begründung: Der Freistaat Bayern ist derzeit das einzige Bundesland, das keinen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie vorbereitet oder umgesetzt hat.

BEST PRACTICE

Nordrhein-Westfalen hat bereits 2012 als erstes Bundesland einen umfassenden Aktionsplan beschlossen. Seither haben viele Anliegen von LSBTI* Eingang in laufende Programme und Gesetze der Landesregierung gefunden. Der Aktionsplan war auch für das Engagement auf kommunaler Ebene förderlich. So haben einige Städte wie bspw. Köln eigene Koordinierungs- und Anlaufstellen für LSBTI* geschaffen.

Bayern braucht regelmäßige Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Konkret: Für erfolgreiche Maßnahmen braucht es Langzeitstudien zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (z.B. Antisemitismus) sowie zu extremen und demokratiegefährdenden Einstellungen, etwa durch Panelstudien im 2-Jahres-Rhythmus. Hierfür fordern wir auch die Einrichtung eines Lehrstuhls

7 OFFENE GESELLSCHAFT

für Europäische Integration, Antidiskriminierung, Menschenrechte und Vielfalt, nach Vorbild des Jean-Monnet-Lehrstuhls an der Universität des Saarlandes.

Begründung: Es fehlt aktuell an regelmäßig durchgeführten Studien, die der Frage nachgehen, wie verbreitet menschenfeindliche Vorurteile in Bayern sind und die entsprechenden Folgen und Entwicklungen darlegen. Als evidenzorientierte Partei ist es uns wichtig, den aktuellen Verlauf des Missstands rund um Menschenfeindlichkeit jederzeit zu kennen. Der letzte Stand basiert auf einer im Jahr 2015 initiierten Auswertung der Leipziger „Mitte-Studie“ für Bayern.

Best Practice: Die Einbindung eines Fragenmoduls in das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) zu subjektiven Diskriminierungserfahrungen wurde 2020 erfolgreich erprobt und wird von der Wissenschaft empfohlen. Das SOEP ist die größte und älteste Langzeitstudie in Deutschland und die wertvollste Datenquelle zur sozialen und ökonomischen Lage deutscher Haushalte.

VIELFALT NACHHALTIG FÖRDERN

Volt will ein Maßnahmenpaket für vielfältige politische Vertretung und Teilhabe schnüren.

Konkret: Darunter fallen u.a. eine verpflichtende Geschlechterquotierung für obere Listenplätze bei Wahlen nach belgischem Vorbild, regelmäßige Motivationskampagnen für politische Beteiligung, die Förderung von leicht zugänglichen Beratungsstellen, die Schaffung eines „Bayern ist Bunt“- Stipendiums für gesellschaftlich und politisch engagierte Menschen aus unterrepräsentierten Gruppen sowie die Einführung des aktiven und passiven Kommunalwahlrechts für Drittstaatsangehörige nach schwedischem Vorbild.

Begründung: Politische Repräsentanz braucht Vorbilder und Anreize. Die Kraft der Vielfalt entfaltet sich erst, wenn unterschiedliche Perspektiven in Parlamenten vertreten sind. Bayern steht hier noch an letzter Stelle im bundesweiten Vergleich. Mit 27,3% besitzt der bayerische Landtag den bundesweit niedrigsten Frauenanteil. Ebenfalls am niedrigsten ist die Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte trotz eines hohen Bevölkerungsanteils dieser im Vergleich zu anderen Bundesländern.

7 OFFENE GESELLSCHAFT

BEST PRACTICE

In Belgien müssen, neben anderen fördernden Bestimmungen, die ersten beiden Personen auf der Kandidierendenliste unterschiedlichen Geschlechtern angehören. Der Frauenanteil in der Abgeordnetenkammer hat sich durch die Gesetzesänderungen von 25% (1999) auf 41% (2014) erhöht. Bereits seit 1976 besitzen in Schweden Drittstaatsangehörige, die eine Wohnsitzdauer von 3 Jahren nachweisen können, das Kommunalwahlrecht – wie inzwischen in 13 weiteren EU-Mitgliedstaaten. Von ihnen hat kein einziger dieses Recht aufgrund von wahrgenommenen oder tatsächlichen negativen Auswirkungen später wieder zurückgezogen.

EINE MENSCHENWÜRDIGE MIGRATIONS- UND ASYLPOLITIK

Wir fordern das Ende aller ANKER-Zentren und die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten.

Konkret: Schließung aller ANKER-Zentren und eine dezentrale Unterbringung der Geflüchteten. Bis zur Schließung fordern wir den freien Zugang für Ehrenamtliche ohne große bürokratische Hürden. Zudem sollen Zimmer-Begehungen durch das Security-Personal die Ausnahme und nicht die Regel sein – dies ermöglicht einen besseren Schutz und mehr Rückzugsraum für besonders vulnerable Personen, z.B. Schwangere. Auch fordern wir den Ausbau einer besseren medizinischen Versorgung durch ärztliche Fachkräfte, insbesondere für psychische Traumata. Der Zugang zu Deutschkursen, einhergehend mit einem schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt, muss dringend gewährleistet werden, ebenso wie der Zugang schul- und berufsschulpflichtiger Menschen zu Regelschulen und jüngerer Kinder zu Betreuungsangeboten. Das Sachleistungsprinzip muss auf das Geldleistungsprinzip umgestellt werden. Damit verbinden wir die Aufhebung des Arbeitsverbots in ANKER-Zentren.

Begründung: Das Leben in den ANKER-Zentren führt nachweislich zur Isolation, Entrechtung und Ausgrenzung. Je größer die Einrichtung ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von gewalttätigen Übergriffen. Zu den größten Risikofaktoren zählen: Keine abschließbaren Sanitär- und Schlafräume, ein auf Ungleichheit beruhendes Geschlechterverständnis, der schrittweise Verlust von Würde und Autonomie sowie Perspektivlosigkeit. Das Gefühl, das eigene

7 OFFENE GESELLSCHAFT

Leben nicht mehr selbst gestalten zu können, prägt den Alltag in den Massenunterkünften.

Abschiebungen in Länder, die Menschenrechte aktiv einschränken, müssen dauerhaft verhindert, Ausweisungen von Familien mit Kindern gestoppt und zurückliegende Fälle überprüft werden.

Konkret: Bayern soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass sich die Prüfkriterien für Abschiebeländer an menschenrechtlichen Standards orientieren. Zudem fordern wir eine unabhängige Verfahrensberatung, den sofortigen Abschiebestopp von Familien mit Kindern und keine Abschiebungen mehr in Nacht- und frühen Morgenstunden. Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung abgeschobener Menschen für unsere Gesellschaft ist die Überprüfung vergangener Abschiebefälle, auch im Hinblick auf den Schutz der Kinderrechte, eine unserer zentralen Forderungen.

Begründung: Die pauschale Unterstellung, Schutzsuchende aus „sicheren“ Herkunftsstaaten hätten keine Schutzgründe, steht dem Grundprinzip des Asylverfahrens – einer individuellen, sorgfältigen Prüfung des Asylgesuchs – entgegen. In Deutschland aufgewachsene bzw. geborene Menschen haben ihre Heimat hier – genau wie solche, die in Duldung leben, aber in Bayern zur Schule gehen, in Betrieben lernen und mit ihrer Arbeit unserer Gesellschaft große Dienste erweisen. Sie aus ihrem langjährigen Lebensumfeld zu reißen, ist ein tiefgreifendes Trauma, das billigend in Kauf genommen wird, weshalb ein Abschiebestopp zumindest von Familien mit Kindern dringend nötig ist.

Bayern muss sich für Einwanderung öffnen und Hürden abbauen.

Konkret: Bayern muss die Arbeitsmarktchancen für Menschen mit Migrationshintergrund verbessern, wobei von zentraler Bedeutung ist, dass im Ausland erworbene Berufsabschlüsse – unabhängig vom Aufenthaltstitel – häufiger in eine ausbildungsadäquate Beschäftigung münden. Hierzu gehört, dass sich potentielle neue Gesellschaftsmitglieder bereits im Ausland gut über den Standort Bayern informieren können. Dafür ist es wichtig, dass Bayern interkulturelle Kompetenz bei den Arbeitsmarktakteuren aufbaut und Projekte dazu finanziell fördert. Dazu gehört auch der Auf- und Ausbau regionaler sowie länderübergreifender Fachkräfte-Netzwerke in Deutschland und Europa für eine gemeinsame Aufgabenbewältigung.

7 OFFENE GESELLSCHAFT

Begründung: Eine zentrale Zukunftsfrage für den Wirtschaftsstandort Bayern ist, wie der Bedarf an dringend benötigten Fachkräften (Bedarf: rund 233.000 offene Stellen) gedeckt werden kann. Für eine gelingende Arbeitsmarktintegration müssen Potenziale von Eingewanderten erkannt, Kooperationen von Betrieben verstärkt und Diskriminierungen abgebaut werden. Wir müssen uns bewusst werden, dass die Menschen nicht selbstverständlich nach Bayern kommen. Der Wettbewerb, gerade um gut ausgebildete Fachkräfte, ist groß. Es muss bayern-, deutschland- und europaweit investiert werden, um international nicht abgehängt zu werden.

BEST PRACTICE

Das „MigraNet – IQ (Integration durch Qualifizierung) Netzwerk Bayern“ bietet mit den Standorten in Augsburg, München, Nürnberg und Passau eine Vernetzungs- und Informationsplattform für Einwandernde und regionale Unternehmen, ergänzt durch Förderprogramme und transnationale Aktivitäten. Leistungen wie diese gilt es, staatlich deutlich stärker zu unterstützen und auszuweiten.

8

BAUEN & WOHNEN

Was sind die aktuellen Probleme?

Zehntausend neue bezahlbare Wohnungen bis Ende 2024 – wie eine im Januar veröffentlichte Recherche des BR zeigt, wird dieses Versprechen der Landesregierung in eklatanter Weise gebrochen: Demnach werden möglicherweise weniger als 682 Wohnungen (7%) fertig.⁵¹ Zugleich werden die Nebenkosten durch die Energiekrise zur zweiten Miete. Nach einer Studie des Portals Immowelt könnten die Gesamtkosten fürs Wohnen in einer Großstadt bald bis zu 52% des Einkommens ausmachen, was besonders alte Menschen, Studierende, Alleinerziehende und ihre Kinder in die Armut treibt.⁵²

Welche Lösungen bietet der europäische Blick?

In Wien hingegen gibt es seit mehr als 100 Jahren ein solidarisches Modell, das überall das Anmieten kommunaler Wohnungen mit einer enorm günstigen, stabilen Kaltmiete von etwa 6 Euro/qm ermöglicht.⁵³ Dieses Konzept unserer Nachbarn wollen wir für Bayern ebenso aufgreifen wie die 2023 in Kraft getretene Leerstandsabgabe im Bundesland Tirol.⁵⁴ Finnland hat seit 2008 mit dem Programm „Housing First“ tausende Menschen erfolgreich aus der Obdachlosigkeit geholt.⁵⁵ Um unnötige Wege zu vermeiden, etablieren wir zudem die in Barcelona erprobte Idee der Superblocks mit offenen Treffpunkten und allem für den täglichen Bedarf um die Ecke.⁵⁶

Wie sieht unsere vereinende Vision bei diesem Thema aus?

Neubauten, so nötig sie sind, gehen häufig mit hohen Kosten einher und schaden unserem Klima. Darum setzen wir in erster Linie auf den Bestand: Aufstockung und Sanierung mit möglichst natürlichem und nachhaltigem Material (wie z.B. bei der Zentralbibliothek in Helsinki⁵⁷), finanzielle Bestrafung von Spekulation und mehr Wohnen in gemeinschaftlicher Verantwortung – diese Marker setzen einen klaren Kurs, auf dem wir akute Armut bekämpfen, Lebensqualität steigern und die Spaltung der Gesellschaft auf dem Wohnungsmarkt überwinden.

51 <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-wohnungsbau-wohnungsmangel-1.5740894>

52 <https://www.immowelt-group.com/presse/pressemitteilungenkontakt/immoweltde/2022/ueberbelastung-durch-energiekrise-droht-singles-koennten-bald-bis-zu-52-prozent-vom-gehalt-fuers-wohnen-ausgeben/>

53 <https://www.deutschlandfunk.de/sozialer-wohnungsbau-warum-wiener-guenstig-wohnen-100.html>

54 https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LgblAuth/LGBLA_TI_20220912_86/LGBLA_TI_20220912_86.html

55 <https://www.arte.tv/de/videos/114431-000-A/finnland-housing-first-gegen-obdachlosigkeit/>

56 <https://www.spektrum.de/news/verkehrsplanung-superblocks-fuer-lebenswertere-staedte/2044237>

57 <https://www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/architektur/wood-city-in-helsinki-das-sollte-sich-jede-smart-city-von-den-finnen-abgucken/>

BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE

Die Landeswohnungsbaugesellschaften sollen ausgebaut werden.

Konkret: Das Land Bayern soll die Tätigkeiten der Landeswohnungsbaugesellschaften ausbauen, sodass sich der Bestand auf 100.000 Wohnungen anhebt. Diese sollen sich in erster Linie auf Wohnungen konzentrieren, die der Markt von sich aus nicht bereitstellt (z.B. Sozialwohnungen, Wohnheime für Menschen mit Behinderung, Schulpflichtige, Studierende, Azubis, Migrierte, Obdachlose etc.).

Begründung: Im Gegensatz zu privaten Investoren steht der Freistaat in der Verantwortung, bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zur Verfügung zu stellen. Das zentral organisierte Instrument der Landeswohnungsbaugesellschaft soll deswegen dort eingreifen, wo keine andere Institution dies leisten kann.

BEST PRACTICE

*Die Stadt **Wien** hat 220.000 Wohnungen im eigenen Besitz. Die Bayerische Landeswohnungsbaugesellschaft soll laut der aktuellen Regierung bis 2025 lediglich 10.000 Wohnungen schaffen.*

Wir setzen uns für mehr Nachverdichtung durch Renovierung/ Sanierung und Umnutzung des Baubestands sowie die Schaffung von Mischgebieten und -gebäuden ein.

Konkret: Wir wollen eine größtmögliche Nachverdichtung (mittels Aufstockungen, Renovierungen/Sanierungen und Umnutzung) erreichen, z.B. durch Bebauung von einstöckigen Gewerbebauten hin zu Mischgebäuden (Gewerbe & Wohnen).

Begründung: Dadurch können bereits bebaute Flächen effektiver genutzt werden. Gleichzeitig wird zusätzlicher Wohnraum geschaffen, der mehr Menschen das Leben und Arbeiten in Ballungsräumen ermöglicht. Zugleich möchten wir ausdrücklich auf den Bestand setzen und weitere Flächenversiegelungen vermeiden, um die Natur zu bewahren und unser Klima zu schützen.

BEST PRACTICE

*In den letzten Jahren sind einige Studien dazu erstellt worden, in denen gute Beispiele aufgeführt werden und an denen Volt sich orientiert. Eine davon ist die „**Deutschlandstudie 2019** – Wohnraumpotenziale in urbanen Lagen: Aufstockung und Umnutzung von Nichtwohngebäuden“.*

Volt möchte eine Abgabe auf dauerhaften Leerstand gesetzlich ermöglichen.

Konkret: Wir wollen es Kommunen ermöglichen, nach Ablauf einer Frist eine jährlich steigende Abgabe für nicht genutztes Bauland und Leerstand zu erheben.

Begründung: Durch die Abgabe wird ein marktwirtschaftlicher Anreiz gesetzt, Spekulation zu vermeiden und nicht genutztes Eigentum zu vermieten. Eine solche Abgabe entspricht dem GG Art 14 (2) „Eigentum verpflichtet“ und führt zu mehr Wohnraum und weniger Flächenverbrauch.

BEST PRACTICE

*Im österreichischen Bundesland **Tirol** gilt seit Beginn des Jahres 2023 bereits eine Leerstandsabgabe.*

Wir wollen Steuererleichterungen für gemeinnützige Wohnungsunternehmen.

Konkret: Gemeinnütziger Wohnungsbau muss attraktiver werden. Deswegen wollen wir für diese Akteure auf die Umsatzsteuer bei Neubauten und die Grunderwerbsteuer verzichten. Im Falle einer nachträglichen Umwidmung (nicht gemeinnütziges Wohnen) sollen die Steuern nachgezahlt werden.

Begründung: Gemeinnützigkeit kommt in unserer Gesellschaft zu kurz. Deswegen versuchen wir durch marktwirtschaftliche Mechanismen die notwendigen Anreize zu setzen.

BEST PRACTICE

*Dies könnte analog zur **Abschreibung** und dem Steuermodell in der **Denkmalpflege** gestaltet werden.*

Volt möchte den Mietkauf fördern.

Konkret: Der Staat geht bei diesem Modell als Bauherr in Vorleistung. Die Eigentumswohnungen können dann per Mietkauf – also über laufende Zahlungen (Tilgungen) an den Staat – nach und nach ins Eigentum der Mietenden übergehen.

Begründung: Das Mietkauf-Modell ermöglicht es auch Menschen, die am Kreditmarkt schlecht an Geld für den Wohnungskauf kommen, Wohnungen zu erwerben.

Obdachlose sollen mit einem Landesprogramm „Housing First“ unterstützt werden.

Konkret: Der Freistaat Bayern und die Kommunen müssen bis spätestens Oktober 2024 gemeinsam ein sofort anwendbares landesweites Programm aufsetzen, das jedem Menschen ohne dauerhafte Bleibe eine Wohnung vermitteln kann.

Begründung: In Bayern leben aktuell schätzungsweise circa 18.000 Menschen auf der Straße – Tendenz steigend. Neben dem kalten Winterwetter entstehen ohne festen Wohnort beispielsweise Probleme bei der Bewerbung auf Jobs, dem Zugang zum Bürgergeld oder der Gesundheitsversicherung. So ist es sehr schwer, aus der Obdachlosigkeit herauszukommen – wir müssen die Hilfswerke hier endlich durch eine bedarfsgerechte, langfristige und schnell wirksame Hilfe des Freistaates und der Kommunen entlasten.

BEST PRACTICE

*Durch das Programm „Housing First“ ist die Langzeit-Obdachlosigkeit in **Finnland** von 2000 bis 2020 um etwa 60 Prozent gesunken. Auch die staatlichen Kosten für die Betreuung und Unterstützung von Obdachlosen sind zurückgegangen. Hilfsbedürftige wurden seltener inhaftiert und mussten seltener medizinische Versorgung in Anspruch nehmen.*

LEBENSWERTE UMGEBUNG

Wir bringen das Konzept „Quartier der kurzen Wege“ voran.

Konkret: Wir wollen in der Bauplanung erreichen, dass alle Anliegen des täglichen Bedarfs tendenziell fußläufig erreichbar sind. Zudem wollen wir soziale

Begegnungsstätten stärker finanziell unterstützen und dass marginalisierte Gruppen (z.B. Menschen mit Behinderung, Ältere, Kinder etc.) bei der Bauplanung immer mitgedacht werden.

Begründung: Durch ein „Quartier der kurzen Wege“ werden Menschen unabhängiger vom motorisierten Individualverkehr, was zu mehr Inklusion und Klimaschutz führt.

BEST PRACTICE

*Ein gutes Beispiel für eine entsprechende Stadtplanung sind die Superblocks in **Barcelona**, bei denen möglichst viele Erledigungen in näherer Umgebung getätigt werden können.*

Volt möchte die Innenstädte grüner gestalten.

Konkret: Wir wollen wieder mehr Grünfläche in den Innenstädten erreichen. Hierfür greifen wir auch gerne auf innovative Konzepte, wie Fassaden- und Dachbegrünung oder Patenschaften für kleine öffentliche Grünflächen, zurück. Darüber hinaus sollen auch verstärkt Flächen entsiegelt werden (z.B. Einkaufsparkplätze mit Rasengittersteinen versehen).

Begründung: Neben der verbesserten Ästhetik und ihrer positiven Wirkung auf das psychische Wohlbefinden legen aktuelle Studien (z.B. des Umweltbundesamtes) auch nahe, dass Stadtbegrünung mit zunehmendem Klimawandel für ein angenehmes Stadtklima immer wichtiger wird.

BEST PRACTICE

*Ein gutes Beispiel für eine nachträgliche Stadtbegrünung ist der Sankt-Kjelds-Platz in **Kopenhagen**. Dort wurde ein großes versiegeltes Gebiet zum Versickerern von Wasser und zur Naherholung entsiegelt und großzügig begrünt.*

9 GESUNDHEIT

Was sind die aktuellen Probleme?

In Kliniken, Hausarztpraxen sowie bei Rettungsdiensten und Pflegeeinrichtungen fehlt Personal an allen Ecken und Enden.⁵⁸ Die Folge ist eine unzumutbare, selbst krank machende Belastung für die Beschäftigten⁵⁹, auf die wir als immer älter werdende Gesellschaft angewiesen sind. Die Kommerzialisierung und Privatisierung der letzten Jahrzehnte hat das Vertrauen in das Gesundheitssystem beschädigt und die Macht von Krankenkassen und Pharmaunternehmen auf ein unanständiges Maß anwachsen lassen.⁶⁰

Welche Lösungen bietet der europäische Blick?

In den Niederlanden gibt es keine Krankenhäuser in privater Hand. Dort ist es zudem flächendeckend möglich, Pflege bzw. Pflegemanagement an einer Hochschule zu studieren – ein Baustein, der das Konzept „Buurtzorg“ mit einem persönlichen Netzwerk aus freien Pflegenden und medizinischen Praxen in der Nachbarschaft ermöglicht.⁶¹ Während diese sich Zeit nehmen, kommt es für die „United Hatzalah“⁶² seit 2006 in Israel auf jede Minute an: Nach ihrem Vorbild wollen wir ein Alarmsystem für mobile Ersthelfende einrichten und zusätzlich die Ausweisausgabe an einen Erste-Hilfe-Kurs knüpfen.

Wie sieht unsere vereinende Vision bei diesem Thema aus?

Das Motto lautet: Personal entlasten, Nachvollziehbarkeit schaffen und sich von gescheiterten Strukturen verabschieden. Wir müssen unser Gesundheitssystem stärker auf Solidarität aufbauen, um unabhängiger von großen Unternehmen zu werden und die menschliche Würde in den Mittelpunkt zu rücken. Volt steht europaweit für eine Gesellschaft, in der frei von Profitinteressen und an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert einander mit Selbstverständlichkeit bestmöglich geholfen wird.

58 <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/1135578/Gesundheitsreport-Aerzte-rechnen-mit-Verschlechterung-der-Versorgung>

59 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/239672/umfrage/berufsgruppen-mit-den-meisten-fehltagen-durch-burn-out-erkrankungen/#:~:text=Berufsgruppen%20mit%20den%20meisten%20Fehltagen%20aufgrund%20von%20Burn%20out%20Erkrankungen%202021&text=Mit%20318%2C1%20Arbeitsunf%C3%A4higkeitstagen%20je,in%20der%20Sozialverwaltung%20und%20Dversicherung.>

60 <https://www.youtube.com/watch?v=d0L0VOsgUoE>

61 https://www.focus.de/finanzen/versicherungen/krankenversicherung/individuelle-pflege-ambulante-angebote-mehr-sparsamkeit-belgien-niederlande-machen-es-vor-so-muss-ein-sinnvolles-pflegesystem-aussehen_id_8534437.html

62 <https://israelrescue.org/blog/mission/>

PFLEGE

Wir fordern eine zentrale Koordinierungsstelle für Heimplätze und private Pflegeangebote.

Konkret: Es soll in Zukunft eine bayerische, grenzübergreifende Vermittlungsstelle geben, bei der freie Heimplätze sowie weitere Pflegeangebote gemeldet und durch die Informationen an Bedürftige und Angehörige gezielt weitergeleitet werden.

Begründung: Die Betroffenen sind meist überfordert mit der Suche nach einer passenden Pflegeinstitution. Zur fehlenden Übersicht, wo freie Plätze verfügbar sind, kommt ein Mangel an diesen, der zumindest teilweise durch eine vereinfachte Vermittlung an selbstständige Pflegekräfte aufgefangen werden kann.

BEST PRACTICE

*Seit 2012 werden freierwerbende Plätze in Kindertagesstätten in **Leipzig** durch ein städtisches Amt zentral und priorisiert vergeben. Dieses System lässt sich aus unserer Sicht leicht auf Pflegeeinrichtungen übertragen und auf Selbstständige – auch im nahen EU-Ausland – erweitern.*

Volt setzt sich für eine Landespflegekammer ein.

Konkret: Wir wollen eine bayerische Pflegekammer schaffen, da sie im Gegensatz zum aktuellen Konzept „Pflegering“ eine selbstverwaltete und qualifizierte Pflege mit klarer politischer Mitsprache gewährleistet.

Begründung: Der „Pflegering“ besteht aus vielen Akteuren und hat keine berufliche oder politische Verbindlichkeit. Die Pflegekammer nach unserer Vorstellung trifft hingegen verbindliche Entscheidungen bezüglich Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie der Qualitätsstandards in der Pflege und ist bei entsprechenden Gesetzgebungsverfahren grundsätzlich involviert.

BEST PRACTICE

*Die gerade neu gegründete Pflegekammer in **Nordrhein-Westfalen** hat eine möglichst diverse Struktur, um die Vielseitigkeit der Pflegeberufe abzubilden und ihre Bedürfnisse in die Legislative zu integrieren.*

Volt setzt sich für den Ausbau von Pflege-Studiengängen ein.

Konkret: Der deutsche Wissenschaftsrat fordert eine Quote von mindestens 20 % studierten Fachkräften in der Pflege. Dieser Forderung schließen wir uns an.

Begründung: Um den mit besonders komplexen Aufgaben betrauten Teil der Beschäftigten in den Gesundheitsfachberufen angemessen mit den nötigen Fähigkeiten auszustatten, ist laut Wissenschaftsrat die hochschulische Ausbildung erforderlich. Der Wissenschaftsrat ist der Auffassung, dass eine Weiterentwicklung der bestehenden beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten nicht ausreicht.

BEST PRACTICE

*Im Bereich Pflege/Pflegemanagement gibt es in den **Niederlanden** bereits verschiedene Studienangebote. In Deutschland ist dies noch nicht flächendeckend der Fall.*

KLINIKEN & HAUSARZTPRAXEN

Volt strebt den Direktzugang zu Heilmittelerbringenden und den stärkeren Einsatz von VERAH an.

Konkret: Behandlungsbedürftige Personen müssen ohne Überweisung durch Hausärzte oder Klinikpersonal Heilmittelerbringende aufsuchen können und sogenannte Verantwortungsassistierende in Hausarztpraxen (VERAH) sollen flächendeckend als unterstützende Kräfte etabliert werden.

Begründung: Hausarztpraxen und allgemeine Kliniken sind zunehmend stark belastet. Hier können weitergebildete Medizinische Fachangestellte (VERAH) entlastend wirken, indem sie den Weisungen des Arztes entsprechend Tätigkeiten übernehmen. Zusätzlich schont ein Direktzugang zu physiotherapeutischen, logopädischen, ergotherapeutischen und anderen Angeboten – also ohne vorherige ärztliche Verordnung – die knappen Ressourcen in Kliniken und Arztpraxen. Die Wartezeiten werden verkürzt und das Gesundheitssystem wird finanziell entlastet.

Volt fordert die Schaffung integrierter Notfallzentren.

Konkret: Integrierte, also alle medizinischen Probleme bedienende Notfallzentren müssen entwickelt und mit dem Alltag in Kliniken verbunden werden.

Begründung: Diese neuen Zentren stellen ein wirksames Mittel gegen die aktuelle Überfüllung in Notaufnahmen dar. Sie helfen, die richtige Anlaufstelle für Probleme zu finden. Sie setzen die Zusammenarbeit der Krankenhäuser, kasernenärztlichen Vereinigungen und Rettungsdienste voraus. In diesem Zuge sind eine verbesserte digitale Infrastruktur und klare Richtlinien für das Fachpersonal gesetzlich zu verankern, um eine möglichst effiziente und transparente Versorgung zu gewährleisten.

RETTUNGSDIENST

Volt will die Überarbeitung und Konkretisierung des Rettungsdienstgesetzes und Modellprojekte zur Entlastung.

Konkret: Wir fordern die Angleichung der Befugnisse des Rettungsdienstes an die von Polizei und Feuerwehr zur Herstellung von Rechtssicherheit im Arbeitsalltag. Zudem sollen neue Ideen zur Qualitätssteigerung und Entlastung durch die Landesebene gesammelt und lokal getestet werden.

Begründung: Dass Bedienstete mit Rettungssanitäterausbildung sich im Gegensatz zu denen mit Notfallsanitäterausbildung nicht auf mehr Rechte berufen können, als jeder andere im Extremfall besitzt, hat zur Folge, dass sie sich im Beruf regelmäßig strafbar machen müssen, um die Rettung von Leben zu gewährleisten. Einer Strafe kann bislang nur durch die Berufung auf §34 StGB „Rechtfertigender Notstand“ und eine Einzelfallabwägung entgangen werden. Testenswerte Ansätze für Neuerungen in der Notfallrettung – ausgehend von Landkreisen, Kommunen und Städten – könnten in Bayern zusätzlich zu einem verbesserten Versorgungsnetz und geringerer Belastung für Einsatzkräfte sorgen.

BEST PRACTICE

Das Konzept des **Notfall-Krankentransport-Wagens (NKTW)** bietet einen interessanten Ansatz zur Versorgung von akuten, aber nicht lebensbedrohlichen Notfällen, ohne dabei einen hoch spezialisierten Rettungswagen (RTW)

zu binden. Das Konzept befindet sich z.B. in Niedersachsen bereits im Einsatz. Entlastungspotenzial bietet auch das ebenfalls dort erprobte Modell des „Gemeinde-Notfallsanitäters“. Dabei werden spezialisierte Kräfte eigenständig eingesetzt, um behandlungsbedürftige Personen direkt vor Ort, ohne einen Transport in die Klinik, zu versorgen.

Volt fordert die flächendeckende Einführung eines Systems zur Alarmierung mobiler Ersthelfender und einen verpflichtenden Erste-Hilfe-Kurs.

Konkret: Wir wollen ein System zur Alarmierung von nahem, qualifiziertem Personal zur Ersthilfe im Notfall etablieren und einen Erste-Hilfe-Kurs verpflichtend mit der Ausstellung eines aktualisierten Personalausweises verknüpfen. Dazu setzen wir uns für eine Gesetzesänderung ein, die den Nachweis eines höchstens zwei Jahre alten Teilnahme-Zertifikats zum Ausstellungszeitpunkt voraussetzt, welches die Ausgabe des Ausweises mit einem freiwilligen Registrierungsformular zum Alarm-System verbindet und den Erste-Hilfe-Kurs zum Führerschein-Erwerb vollständig ersetzt. Ziel ist es, die fachkundige Durchführung von lebensrettenden Sofortmaßnahmen bis zum Eintreffen des ersten Rettungsmittels solidarisch zu garantieren.

Begründung: Die gesetzliche Hilfsfrist beträgt in Bayern 12 Minuten ab dem Zeitpunkt des Ausrückens. In dieser Zeit bleiben behandlungsbedürftige Personen oft unversorgt. Durch die Alarmierung von in der Nähe befindlichen ausgebildeten Personen und die Erhöhung ihrer Anzahl kann diese Frist auf nur wenige Minuten gesenkt werden.

BEST PRACTICE

In Israel ist die Gruppe der „United Hatzalah“ seit 2006 mit ehrenamtlichen Sanitätskräften im Einsatz. In Deutschland leistet der Verein Mobile Retter e.V. seit 2014 in diesem Bereich unschätzbare Arbeit.

INFEKTIONSSCHUTZ

Volt fordert besseren Infektionsschutz der Bevölkerung durch transparente Kontrollen des Abwassers und kostenfreie Tests.

Konkret: Sämtliche Klärwerke im Freistaat sollen dazu verpflichtet werden, regelmäßige, wissenschaftlich begleitete Kontrollen in Bezug auf Infektionskrankheiten zuzulassen bzw. im Auftrag selbst durchzuführen sowie die Ergebnisse online zur freien Verfügung zu stellen. Über die Messzeiträume und die zu erfassenden Indikatoren entscheidet das bundesdeutsche Robert-Koch-Institut (RKI). Die Kosten soll – genau wie bei privaten Tests auf Infektionskrankheiten in Hausarztpraxen und Kliniken – das Land Bayern übernehmen.

Begründung: Insbesondere Menschen ohne oder mit geringem Einkommen haben nicht die Option, sich regelmäßig zu testen, wenn der Test für sie Kosten verursacht – was auch die notwendigen Erhebungen verfälscht. Doch die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass kostenfreie Tests und anonyme Abwasserkontrollen eine faktenbasierte Abwägung von Maßnahmen zum Bevölkerungsschutz durchaus möglich machen. Wir wollen, dass die veröffentlichten Ergebnisse solcher Untersuchungen in Zukunft dazu führen, dass Schutzmaßnahmen frühzeitig, transparent und der Lage angemessen beschlossen werden. Unser Ziel ist es, durch nachvollziehbare Politik sowohl die Gesundheit aller Menschen als auch den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu schützen, deren Verlust so viele bis heute belastet.

BEST PRACTICE

*Die Regierung **Münchens**, an der Volt beteiligt ist, unterstützt seit Dezember 2022 aktiv finanziell die Kontrolle des städtischen Abwassers auf Infektionskrankheiten. Diese erfolgreiche Praxis soll beibehalten und bayernweit ausgeweitet werden.*

Wir fordern mehr Aufklärungsarbeit und Unterstützung von an Long-/Post-Covid und Post-Vac-Erkrankten.

Konkret: Long-/Post-Covid und chronische Symptome infolge der Impfung gegen Covid-19 sollen als systemische Erkrankungen anerkannt und es müssen mehr Mittel zur Erforschung der Ursache und Therapie bereitgestellt werden. Damit einhergehen muss ein Ausbau spezialisierter Ambulanzen

und geeigneter Reha-Plätze in ganz Bayern sowie ein Ausbau psychotherapeutischer Unterstützung für Betroffene. Außerdem muss ein konkreter Bewertungsmaßstab des Krankheitsbildes bei Beantragung eines Grades der Behinderung (GdB) entwickelt werden.

Begründung: Die Anerkennung als neuroimmunologische Erkrankung sorgt dafür, dass Betroffene nicht fälschlicherweise als psychisch krank deklariert werden. Ihre Beschwerden werden so ernst genommen und behandelt – hier muss vor allem in Hausarztpraxen als erster Anlaufstelle aufgeklärt werden. Derzeit müssen sie auf Zugang zu ärztlicher Hilfe in Long-/Post-Covid-Ambulanzen und Reha-Plätze lange warten. Viele Erkrankte sind im Alltag eingeschränkt, können ihrem Beruf nicht mehr nachgehen und haben gleichzeitig keine Aussicht auf wirksame Behandlungen. Um mit diesem Zustand bestmöglich umzugehen, müssen dringend Kapazitäten auch für eine psychotherapeutische Begleitung geschaffen, mehr Forschungsmittel bereitgestellt und die Symptomaten in die Diagnostik der Behinderungsgrade aufgenommen werden.

Wähl **x** Volt

... und mach mit!

Mach mit bei

#VoltVereint

Folge uns!

Erfahre mehr!



Lern uns näher kennen!

Besuch uns auf einer unserer
Veranstaltungen!

Alle Informationen findest du unter:



volt.link/bayern

info@voltbayern.org